

1/2013

ISSN 1023-8158, 24. Jahrgang

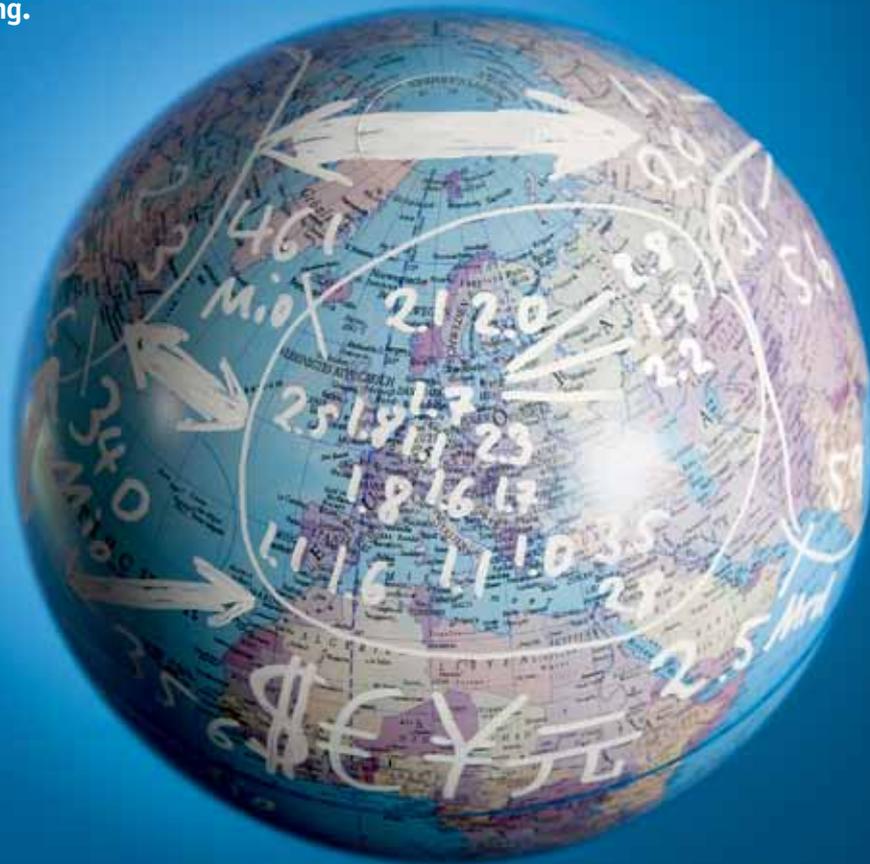
trendletter



Mensch im Mittelpunkt

Impulse für Bildung, Integration & Partizipation





Die Welt. In Zahlen. Zum Nachschlagen.

Der Prognos Welt Report 2013 – in sieben Editionen!
Inklusive China, Indien, Brasilien, Russland und anderen
wichtigen Schwellenländern.

Weitere Informationen zu den Editionen,
Preisen und Bestellmöglichkeiten:
www.prognos.com/weltreport
Tel.: + 41 61 3273 310
weltreport@prognos.com

Fax-Bestellschein: +41 61 3273 300

**Ich bestelle verbindlich folgende
Publikationen:**

- Gesamt-Edition (42 Länder): € 4.000
- Industrieländer (32 Länder): € 2.500
- Schwellenländer (10 Länder): € 2.500
- Europa (26 Länder): € 2.000
- Europäische Union (24 Länder): € 1.700
- Euro-Zone (14 Länder): € 1.500
- BRIC (4 Länder): € 1.500
- Ich möchte von einem Prognos-Experten
angerufen werden.

Nettopreise zzgl. gesetzlicher MwSt, zahlbar nach Rechnungserhalt.
Die Bestellung kann innerhalb von 2 Wochen schriftlich widerrufen
werden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des
Widerrufs (Poststempel). Ihre persönlichen Daten, die Sie uns zur
Verfügung gestellt haben, verwenden wir ausschließlich zur Bearbei-
tung Ihrer Anfrage. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt.

Name, Vorname

Land

Firma

Telefon

Funktion, Abteilung

Telefax

Straße

E-Mail

PLZ, Stadt

Datum, Unterschrift

Mensch im Mittelpunkt

Schwerpunkt

| | |
|--|-------|
| Arbeitslandschaft 2035 | 4–5 |
| Mütter mit Migrationshintergrund – Erwerbsintegration sichern | 6 |
| Mehr Selbstbestimmung in der Eingliederungshilfe | 7 |
| Ausbau der Ganztagschule: Wer hat den Nutzen, wer trägt die Kosten? | 8–9 |
| Studienserie Juvenir – Forschung im Dialog mit der Jugend | 10–11 |

Wirtschaftspolitik

| | |
|--|----|
| Innovative Finanzierungsinstrumente für die Kultur- und Kreativwirtschaft | 12 |
|--|----|

Innovationspolitik

| | |
|--|----|
| Technik ist nicht gleich Technik – Deutschland zeigt sich skeptisch | 13 |
|--|----|

Umweltpolitik

| | |
|---|----|
| Ist Ihr Unternehmen fit für den Klimawandel? | 14 |
|---|----|

Energiepolitik

| | |
|---|----|
| Stromversorgung der Schweiz: Inte- gration fluktuierender Erneuerbarer | 15 |
|---|----|

Verkehrspolitik

| | |
|---|----|
| Veloverkehr in der Schweiz – Zählungen, Nutzen, Potenziale | 16 |
|---|----|

| | |
|---|----|
| Thüringen – die Chancen der besseren Erreichbarkeit nutzen | 17 |
|---|----|

Ressourcenpolitik

| | |
|---|----|
| Nachhaltiges Gesamtkonzept der Abfallentsorgung in München | 18 |
|---|----|

Standpunkt

| | |
|--|----|
| Mindestlohn und Armutsvermeidung: einfache Instrumente, einfache Zielgrößen? | 19 |
|--|----|

| | |
|-----------------------|----|
| Meldungen / Impressum | 20 |
|-----------------------|----|



Ein lebendiges und vor allem zukunfts-
fähiges Gemeinwesen lebt von Teilhabe. Auf-
gabe der Politik ist es, dort Hindernisse aus
dem Weg zu räumen, wo sie die Menschen
an einer aktiven Gestaltung ihres Leben-
sumfeldes hindern. Im Mittelpunkt dieses
trendletters stehen daher wichtige Ansatz-
punkte für mehr Partizipation: Bildung und
Ausbildung, Arbeit, Integration und gesell-
schaftliche Teilhabe.

Die Daten zum Arbeitsmarkt verdeutli-
chen die Herausforderungen für die näch-
sten Jahre (S. 4–5). Wenn keine geeigneten
Gegenmaßnahmen eingeleitet werden,
droht Deutschland im Jahr 2035 ein Ar-
beitskräftemangel von 4 Mio. Personen.
Dabei rücken Menschen mit einer Lehre
bzw. einer Meister-/Technikerausbildung
stärker in den Fokus. Für die Zukunft gilt
es, die berufliche Ausbildung zu stärken.
Eine arbeitsmarktrelevante Gruppe sind
die in Deutschland lebenden Menschen mit
Migrationshintergrund und unter ihnen
insbesondere Mütter (S. 6). Die Erwerbs-
potenziale dieser Gruppe zu erschließen
ist nicht nur unter arbeitsmarktpolitischen
Gesichtspunkten wichtig, sondern es geht
auch um Teilhabe und Integration der
Frauen und ihrer Kinder.

Das Persönliche Budget für Menschen
mit Behinderungen ermöglicht es den Nut-
zerinnen und Nutzern, Unterstützungslei-
stungen entsprechend den eigenen Parti-
zipationszielen auszuwählen (S. 7). Es ist
ein wichtiges Instrument zur Stärkung von
Selbstbestimmung und Eigenverantwor-
tung. Bei steigender Inanspruchnahme bie-
tet es die Chance, die Eingliederungshilfe
im Sinne des SGB IX und der UN-Behinder-
tenrechtskonvention weiterzuentwickeln.

Die Erschließung von Potenzialen setzt
aber auch Investitionen voraus. Dies wird
am Beispiel der Ganztagschulen deutlich
(S. 8–9). Ein qualitativ hochwertiges Gan-
tagsangebot verbessert das Bildungsniveau
und die Teilhabechancen von jungen Er-
wachsenen. Am Beispiel von Nordrhein-
Westfalen wird die Kosten-Nutzen-Relation
in einer Gesamtperspektive aufgefächert.
Der potenzialorientierte Blick bringt auch
für die Forschung selbst neue Erkenntnis-
möglichkeiten. Die Studienserie Juvenir ist
eine Forschung im Dialog mit der Jugend
– mit durchaus unerwarteten Ergebnissen
(S. 10–11): Dank der Neuen Medien kön-
nen die Jugendlichen direkt in die sie
betreffenden Fragen einbezogen werden,
was ihrer Perspektive im gesellschaftlichen
Diskurs zugleich Gehör verschafft.

Neben dem Schwerpunkt Mensch im
Mittelpunkt – Impulse für Bildung, Inte-
gration & Partizipation finden Sie natürlich
auch in diesem *trendletter* wieder weitere
interessante Beiträge. Zum Beispiel zu den
Themen Wirtschaft, Innovation und Ver-
kehr sowie zur Energie- und Umweltpolitik.

Zusätzlich möchten wir Ihnen unsere
neue Rubrik „Standpunkt“ (S. 19) vorstel-
len. Dr. Michael Böllhoff, verantwortlich für
den Bereich Wirtschaftspolitik & Globali-
sierung, kommentiert hier das Thema „Min-
destlohn und Armutsvermeidung: einfache
Instrumente, einfache Zielgrößen?“.

Richten wir also gemeinsam den Blick
auf die Bedingungen, die notwendig sind,
um die vorhandenen Potenziale der Men-
schen nicht zu verschenken.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine
spannende Lektüre und freue mich auf eine
anregende Diskussion.

Christian Böllhoff
christian.boellhoff@prognos.com



Arbeitslandschaft 2035

Die neue Prognose zeigt, dass der deutsche Arbeitsmarkt auf zukünftige Anforderungen reagieren kann. Es ist bereits viel erreicht worden. Mit einem stärkeren Fokus auf der beruflichen Ausbildung gilt es, weiter aktiv zu bleiben.

Arbeitsmarktstudien behalten ihre Relevanz nur dadurch, dass man sie in regelmäßigen Abständen hinsichtlich der Daten, der qualitativen Einschätzungen und des verwendeten Instrumentariums aktualisiert. Die zentralen Ergebnisse der neuen Arbeitslandschaft 2035 – eine Studie, die Prognos bereits zum dritten Mal im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw) erstellt hat – unterscheiden sich zum Teil deutlich von den Ergebnissen der vorherigen Arbeitslandschaften. Dies ist einerseits der aktuelleren statistischen Grundlage geschuldet, andererseits aber auch ein Zeichen dafür, dass im Kampf gegen den drohenden Arbeitskräftemangel bereits einiges erreicht worden ist. Kurz- und mittelfristig wirkt zudem die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen in vielen Industrieländern mit entsprechend geringerem weltwirtschaftlichem Wachstum dämpfend auf die Arbeitskräftelücke in Deutschland. Aufgrund der deutschen Wirtschaftsstruktur und der demografischen Entwicklung in unserem Land wird der Fachkräftebedarf aber langfristig bestehen bleiben.

Was wird produziert? Grundsätzlich führen die Globalisierung und der mit ihr verbundene strukturelle Wandel dazu, dass sich die Nachfrage nach Arbeitskräften in Deutschland bis zum Jahr 2035 verändern wird. Anteilsmäßig gewinnt der Dienstleistungssektor, während die Industrie zwar Anteile an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung verliert, absolut jedoch weiterhin Wertschöpfungszuwächse verzeichnen wird.

Kurz- und mittelfristig wird die Verschärfung der Staatsschuldenkrise die Wirtschaftsentwicklung stark beeinflussen. Der Konsolidierungszwang hemmt das Wirtschaftswachstum der Industrieländer und schränkt zudem ihre finanz- und wirtschaftspolitischen Spielräume merklich ein. Entsprechend trifft der aktuelle Nachfragerückgang aus den Industrieländern Deutschland als exportstarke Volkswirtschaft deutlich und hat zur Folge, dass das deutsche Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren zunächst spürbar zurückgeht.

Von der anschließenden Erholung profitiert Deutschland jedoch in besonderem Maße, sodass die langfristige wirtschaftliche Entwicklung deutlich positiver verläuft, als in der kurzen Frist angenommen. Im Zeitraum bis 2035 wird die deutsche Wirtschaft um durchschnittlich 1,1 % pro Jahr wachsen. Der Außenbeitrag bleibt mit durchschnittlich 33 % weiterhin eine wichtige Stütze des deutschen Wachstums. Die deutsche Industrie kann ihr Exportvolumen bis zum Jahr 2035 mehr als verdoppeln.

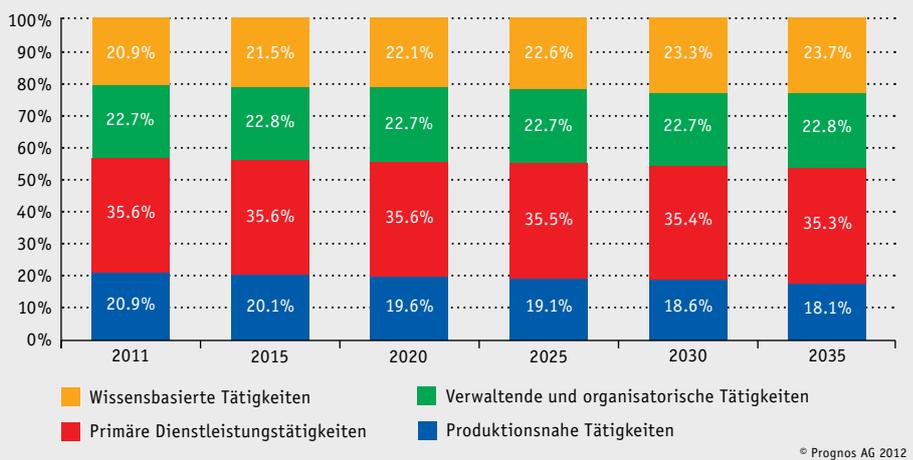
Trotz des – auch im internationalen Vergleich – überdurchschnittlich starken sekundären Sektors entsteht das Gros der deutschen Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor. Hier entwickeln sich der Handel, die unternehmensnahen Dienstleistungen und das Gesundheitswesen besonders dynamisch. Beschäftigungsfördernd wirken im Dienstleistungssektor zudem die unterdurch-

schnittlichen Produktivitätszuwächse, sodass der Beschäftigungsaufbau allein hier stattfindet.

Wer wird zukünftig produzieren? Der wirtschaftliche Strukturwandel beeinflusst im Wesentlichen, was künftig produziert wird, und prägt damit neben der Produktionsstruktur die Nachfrage nach Arbeitskräften. Zugleich ändert sich aber auch das Angebot an Arbeitskräften im Zeitablauf. Die Verfügbarkeit und die Zusammensetzung des Arbeitskräfteangebots haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Produktion der Zukunft.

Infolge des demografischen Wandels verringert sich die Zahl der Einwohner Deutschlands zwischen den Jahren 2011 und 2035 um rund 3,4 Mio. Bei der für den Arbeitsmarkt entscheidenden Altersgruppe (zwischen 20 und 65 Jahren) beträgt der Rückgang sogar 8,6 Mio. Personen. Die Veränderungen im Altersaufbau der

Tätigkeitsstruktur 2011 bis 2035



Bevölkerung haben weitere Konsequenzen: Während im Jahr 2011 noch 61,1 % der Bevölkerung zwischen 20 und 65 Jahren waren, so werden es im Jahr 2035 nur noch 53,8 % sein. Die Bevölkerungsentwicklung fungiert als natürliche Grenze und führt dazu, dass das Angebot an Arbeitskräften über alle Fachrichtungen und Tätigkeitsbereiche hinweg zurückgeht. Zumindest dann, wenn man annimmt, dass sich die strukturellen Bestimmungsfaktoren auf dem Arbeitsmarkt nur sehr langsam verändern. Dazu zählen beispielsweise das Bildungsverhalten, die Erwerbsbeteiligung oder die Flexibilität der Erwerbstätigen.

Wie wird zukünftig produziert? Die spezifischen Bedarfe an Arbeitsleistungen werden von den Unternehmen und den Betrieben selbst festgelegt und können branchen- oder gar betriebsspezifisch ganz unterschiedlich ausfallen. Erst auf dieser dezentralen Ebene wird es möglich, die Arbeitskräftenachfrage zu spezifizieren und in ihrer Struktur nach räumlichen, fachlichen und qualifikatorischen Gesichtspunkten fassbar zu machen. In der Summe der betrieblichen Entscheidungen entsteht dann eine gesamtwirtschaftliche Tätigkeitsstruktur: Zwar werden auch im Jahr 2035 noch mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen direkt mit der Produktion von

Gütern und Dienstleistungen befasst sein, der Anteil an produktionsnahen Tätigkeiten sinkt jedoch auf deutlich unter 20 %. Die wesentlichen Ursachen hierfür sind die Automatisierung der Leistungserstellung, die immer stärker auch den Dienstleistungssektor erfasst, demografische Veränderungen, wohlstandsbedingt gestiegene Ausstattungsgrade und Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung.

Demgegenüber wächst das Gewicht von Tätigkeiten, deren wichtigste Aufgabe einerseits die Gewährleistung möglichst verlässlicher und sicherer Abläufe sowie andererseits die Schaffung und Verbreitung von Informationen und Wissen ist. Der Anteil der mit diesen Aufgaben befassten Arbeitskräfte wird bis 2035 auf knapp 47 % steigen. Hier schlägt sich nieder, dass Produktivitätssteigerungen und der Erhalt der Funktionsfähigkeit einer komplexer werdenden Gesellschaft den Einsatz zunehmender ökonomischer

Differenziert nach Fachrichtungen könnten bereits 2020 fast 9 % der insgesamt angebotenen Stellen für Ärzte und fast 6 % derjenigen für Lehrer und Erzieher nicht besetzt werden. Bis 2035 verschärft sich der Mangel zudem bei den Ingenieuren, Naturwissenschaftlern und Mathematikern. Erhebliche Probleme treten – unter den gegebenen Bedingungen – auch bei der Besetzung von Stellen für Nichtakademiker auf. Schon 2025 können mehr als 10 % der Stellen in der Krankenpflege, den medizinischen Diensten und im Bereich von Sprachen, Kultur und Sport nicht besetzt werden. Bis 2035 spitzt sich die Situation auch im sonstigen Gesundheitswesen, bei den mathematischen und naturwissenschaftlichen Ausbildungen sowie dem Friseurgewerbe und der Schönheitspflege zu.

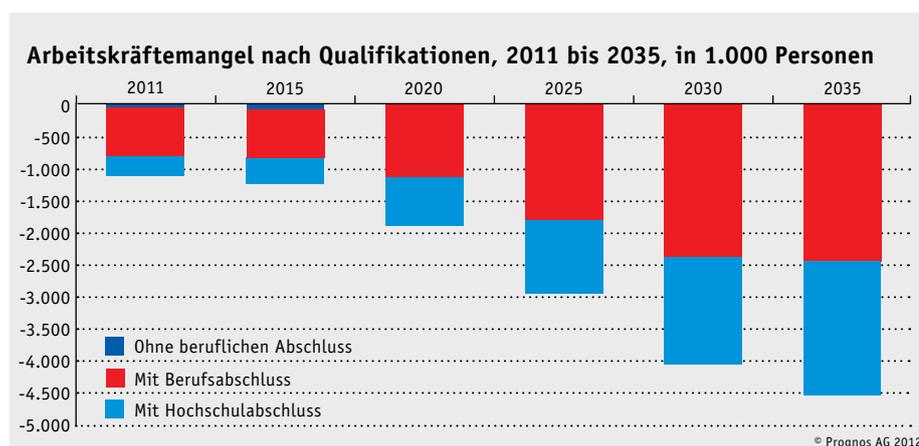
Handlungsoptionen. Im Vergleich zur vorherigen Arbeitslandschaft 2030 ergibt sich damit in der aktuellen Arbeitslandschaft 2035

eine geringere Arbeitskräftelücke. Neben dem zahlenmäßigen Rückgang zeigen sich auch strukturelle Veränderungen der Arbeitskräftelücke. So konnte der drohende Mangel unter den Personen ohne berufliche Bildung vollständig abgebaut werden, während sich der Mangel unter den beruflichen Abschlüssen spürbar verschärft hat.

Die neue Arbeitslandschaft 2035 zeigt damit, dass sich der Arbeitsmarkt bewegt und bereits einiges geschehen ist. Durch die vier Handlungsfelder Weiterbildung, Verlängerung der Arbeitszeit, Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und Steigerung der Bildungsbeteiligung kann die Entstehung einer Arbeitskräftelücke vermieden werden.

In der Vergangenheit ist bereits viel bei der Erwerbsintegration von Personen ohne berufliche Bildung (Agenda 2010) erreicht worden und auch die Bildungsanstrengungen der vergangenen Jahre zeigen Wirkung. Der Anteil der Hochschulabsolventen ist deutlich gestiegen, sodass die zukünftige Lücke kleiner ausfallen dürfte, als ursprünglich angenommen. Somit rücken die Personen mit einer Lehre bzw. Meister-/Technikerausbildung stärker in den Fokus der zukünftigen Bemühungen. Es gilt also insbesondere, die berufliche Ausbildung auszubauen und zu stärken.

Gleichwohl sind nach wie vor Veränderungen in allen vier Handlungsfeldern erforderlich. Die neue Arbeitslandschaft zeigt, dass der deutsche Arbeitsmarkt durchaus auf die zukünftigen Anforderungen reagieren kann. Deutschland befindet sich auf dem richtigen Weg – wichtig ist jedoch, dass man sich auf dem Erreichten nicht ausruht, sondern mit einem leicht veränderten Fokus auf die berufliche Ausbildung weiter aktiv bleibt.



Ressourcen erfordern. In der Gewichtsverlagerung von Output-nahen zu den Output-fernen Tätigkeiten zeigt sich damit deutlich die Tendenz zur „Wissengesellschaft“. Hinzu kommt, dass in allen Tätigkeitsbereichen die Anforderungen an das Fachwissen sowie an die persönliche und soziale Lernkompetenz zunehmen. Für wissensintensive Tätigkeiten werden künftig gut qualifizierte Mitarbeiter gesucht – mit Berufs- wie auch Hochschulabschluss.

Das Ungleichgewicht auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Stellt man die Nachfrage und das Angebot an Arbeitskräften einander gegenüber, dann zeigen sich einerseits Arbeitsplätze, die nicht besetzt werden können, und andererseits Arbeitskräfte, denen kein adäquater Arbeitsplatz angeboten werden kann. Aus den Ergebnissen wird ersichtlich, in welchen Teilarbeitsmärkten und bei welchen Qualifikationen (Fachrichtungen) und Tätigkeiten besonders große Spannungen zu erwarten sind.

Wenn keine geeigneten Gegenmaßnahmen eingeleitet werden, droht Deutschland im Jahr 2035 insgesamt ein Arbeitskräftemangel von 4 Mio. Personen, bereits 2020 dürften 1,7 Mio. Personen fehlen. Der Gesamt-mangel setzt sich aus einem Mangel an Arbeitskräften mit mittlerem (2,2 Mio.) und hohem (1,8 Mio.) Qualifikationsniveau zusammen, während bei den Personen ohne berufliche Ausbildung langfristig in der Tendenz ein Überschuss an Arbeitskräften bestehen wird, also Arbeitslosigkeit droht.



Dr. Anna-Marleen Plume
anna-marleen.plume@prognos.com



Mütter mit Migrationshintergrund – Erwerbsintegration sichern

Mütter mit Migrationshintergrund stehen vor spezifischen Herausforderungen, wenn sie (wieder) in den Arbeitsmarkt einsteigen wollen. Von einer erfolgreichen Integration der Mütter profitieren auch die Töchter.

Mütter mit Migrationshintergrund sind eine heterogene Gruppe. Sie unterscheiden sich zum Beispiel nach Herkunftsland, nach Familienform und nach Kinderzahl.

Schulische und berufliche Bildung der Mütter. Große Unterschiede gibt es auch im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung. Fast ein Drittel der Mütter mit Migrationshintergrund verfügt über ein (Fach-)Abitur und weitere 25 % über einen Realschulabschluss und damit über eine bessere Bildung als oftmals angenommen. Dagegen besitzen 11 % der Mütter mit Migrationshintergrund keinerlei Schulabschluss (Mikrozensus 2009).

Auch die Daten zur beruflichen Bildung verdeutlichen das vorhandene Erwerbspotenzial der Mütter mit Migrationshintergrund: Fast zwei Drittel haben eine berufliche Ausbildung abgeschlossen, einen Abschluss als Meisterin/Technikerin oder sogar einen (Fach-)Hochschulabschluss. Dagegen steht ein gutes Drittel Mütter mit Migrationshintergrund ohne einen anerkannten Berufsabschluss (Mikrozensus 2009).

Ihre Zugangschancen zum Arbeitsmarkt. Obwohl Mütter mit Migrationshintergrund also häufig gut qualifiziert sind, gibt es – im Vergleich zu Müttern ohne Migrationshintergrund – große Unterschiede im Hinblick auf die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt. Komplexe Problemlagen kommen hier zum Tragen. Einerseits stehen Mütter mit Migrationshintergrund vor den „üblichen“ familienbezogenen Problemen, oftmals aber in einem noch stärkeren Maße als Mütter ohne Migrationshintergrund. Dies betrifft zum Beispiel einen schlechteren Zugang zu Kinderbetreuung, fehlende soziale Netze oder die innerfamiliäre Rollen- und Aufgabenteilung. Andererseits haben Mütter mit Migrationshintergrund spezifische arbeitsmarktbezogene Herausforderungen zu bewältigen. So besteht vielfach Qualifikationsbedarf, zum Beispiel mit Blick auf die fachlichen Spezifika des deutschen Arbeitsmarkts oder auch in (fach-)sprachlicher Hinsicht. Auch haben viele Mütter Probleme, im „deutschen bürokratischen System“ (Anträge, Ämter, Jobcenter, Kinderbetreuung, Konventionen und Verhaltenscodes im Arbeitsleben etc.) zurechtzukommen. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht sind insbesondere die gut qualifizierten Mütter mit Migrationshintergrund von Interesse. Sie haben häufig in ihrem Herkunftsland einen Abschluss erworben, dessen Anerkennung sich in Deutschland schwierig gestaltet. Mit dem neuen Anerkennungsgesetz ist ein wichtiger Schritt zur Vereinfachung der Bewertung ausländischer Berufsqualifikationen getan. Damit haben sich zugleich die Möglichkeiten verbessert, das Potenzial der gut qualifizierten Mütter mit Migrationshintergrund zu heben.

Unterstützung ist auf mehreren Ebenen erforderlich. Ein erheblicher Unterstützungsbedarf besteht aber weiterhin in der beruflichen Orientierungsphase wie auch bei der Gestaltung von Übergängen zwischen einzelnen Orientierungs-, Weiterbildungs-/Qualifizierungsangeboten und schließlich der Organisation der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine zentrale Herausforderung ist es, die Anschlussfähigkeit der vorhandenen Maßnahmen zur Unterstützung der Erwerbsintegration sicherzustellen. Zu oft

bestehen erhebliche zeitliche Lücken zwischen dem Abschluss einer vorbereitenden und einer weiterqualifizierenden Maßnahme.

Beispiel Kanada. Die Erfahrungen aus Kanada zeigen, dass sich die Unterstützung von Einwandererfamilien – und auch deren Töchter und Söhne der sogenannten zweiten Generation – mit Hilfe einer möglichst lückenlosen Maßnahmenkette auszahlt. So beginnen bereits vor Einreise Orientierungs- und Informationsprogramme, die u. a. eine individuelle Beratung enthalten, im Rahmen derer ein „Integrationsplan“ aufgestellt, die vielfältigen Unterstützungsbausteine vorgestellt und eine zielgerichtete Nutzung besprochen werden. Bei Ankunft in Kanada folgen Orientierungsprogramme zur Starthilfe, Mentoring-Programme (zum beruflichen und sozialen Austausch), Bridging-Programme, um Sprach- und Kompetenzlücken zu schließen, sowie Programme, die Praktika vermitteln. Flankiert werden die Maßnahmen durch verschiedene (teilweise IT-gestützte) Sprach- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene und Kinder. Schulen mit hohem Migrantenanteil beschäftigen spezielle Integrationsmanager. In Stadtteilen, in denen viele Migrantenfamilien leben, gibt es zudem Familienzentren, die die Integration der Familien unterstützen und mit Rat und Tat zur Seite stehen. Zu beobachten ist insgesamt eine außergewöhnlich hohe Bildungsdurchlässigkeit, die sich in hohen Qualifikationen besonders von Töchtern aus Zuwandererfamilien niederschlägt – auch bei niedriger Qualifikation der Eltern.

Bildungsaufstieg der Töchter. Aktuelle Daten des OECD-Berichts „Education at a Glance 2012 – OECD Indicators“ zeigen, dass sowohl in Deutschland als auch in Kanada im Inland geborene Töchter aus Zuwandererfamilien mit größerer Wahrscheinlichkeit ein hohes Bildungsniveau aufweisen. Die Unterschiede des Bildungsaufstiegs sind jedoch enorm: In Kanada ist mit über 70 % ein um ein Vielfaches größerer Anteil der im Inland geborenen Töchter aus Zuwandererfamilien mit einem hohen Bildungsniveau zu beobachten als in Deutschland mit ca. 10 %.

Um die arbeitsmarktbezogenen Potenziale der Mütter mit Migrationshintergrund – wie auch deren Töchter – zu erschließen, gilt es, zielgenaue, ineinander greifende und aufeinander aufbauende Maßnahmen zu implementieren, die auch die gesamten Lebenszusammenhänge der Mütter mit Migrationshintergrund einbeziehen.

Dr. Heidrun Czock
heidrun.czock@prognos.com

Hanna Steidle-Glaßer
hanna.steidle-glasser@prognos.com





Mehr Selbstbestimmung in der Eingliederungshilfe

Das Persönliche Budget für Menschen mit Behinderungen eröffnet die Chance, das System der Behindertenhilfe als Ganzes weiterzuentwickeln.

Über lange Jahre wurden Menschen mit Behinderungen vor allem als Hilfsbedürftige betrachtet, deren Versorgung sicherzustellen ist. Spätestens seit Einführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) im Jahr 2001 rücken dagegen zunehmend Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe in den Fokus. Dies bedeutet, dass bei der Gestaltung von Hilfen die Fähigkeiten, Bedürfnisse und Wünsche der einzelnen Menschen in den Blick zu nehmen und individuelle Teilhabeziele anzustreben sind.

Unterstützung individuell denken. Als ein zentrales Instrument zur Stärkung flexibler Unterstützungsformen, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung wurde Anfang 2008 der Rechtsanspruch auf ein Persönliches Budget eingeführt (§ 17 SGB IX). Damit haben Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit, anstelle der klassischen Sachleistung eine Geldleistung zu erhalten. Mit diesem Geld können sie ihren Vorstellungen und Wünschen entsprechend Unterstützungsleistungen selbst aussuchen und finanzieren. Als Orientierung dienen dabei die gemeinsam mit dem Leistungsträger in der Zielvereinbarung festgelegten Teilhabeziele.

Trotz Zuwachs eine Randerscheinung. Die Prognos AG hat im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales valide Aussagen zur tatsächlichen Verbreitung Persönlicher Budgets über alle Leistungsträger hinweg erhoben. Seit Einführung des Rechtsanspruchs hat die Zahl der Budgets stark zugenommen. Mit rund 14.200 im Jahr 2010 (ohne gesetzliche Krankenversicherung/GKV) sind die Persönlichen Budgets jedoch gemessen am gesamten Leistungsgeschehen noch immer wenig verbreitet. Zudem gibt es starke Unterschiede je nach Trägerart: Am meisten Persönliche Budgets haben bislang die Sozialhilfeträger sowie die gesetzliche Unfallversicherung (GUV) bewilligt. Bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Rentenversicherung (GRV) gibt es noch wenige Budgetfälle.

Nutzerinnen und Nutzer sind zufrieden. Die meisten Personen, die ein Persönliches Budget nutzen, sind damit sehr zufrieden und nehmen einen deutlichen Zugewinn an Selbstständigkeit und Selbstbestimmung wahr. Dies hat die von der Prognos AG durchgeführte Nutzerbefragung ergeben. Menschen mit sehr verschiedenen Be-

einträchtigungsarten und in unterschiedlichen Lebenssituationen setzen ihre Persönlichen Budgets vor allem dafür ein, um flexible persönliche Unterstützungsleistungen im Alltag zu finanzieren.

Vom Versorgten zum Kunden. Allerdings ist der Weg zu einem Budget oft voller Hürden, da diese Leistungsform auf einer völlig anderen Philosophie als die Bewilligung von Sachleistungen beruht. Der Anspruch auf ein Persönliches Budget trifft dabei auf ein System, das noch stark durch ein Denken in Maßnahmen und Leistungspaketen geprägt ist.

Menschen mit Behinderungen, die ein Budget beantragen könnten, fehlt zum Teil das notwendige Wissen über die damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten. Viele fürchten eine Überforderung (etwa durch den Antrags- und Verwaltungsaufwand), haben Vorbehalte gegenüber Neuem oder ihnen fehlt das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Zudem zeigt die Nutzerbefragung, dass sowohl im Vorfeld der Antragstellung als auch während der Budgetnutzung ein spezifischer Beratungs- und Begleitungsbedarf besteht.

Neue Prozesse und Konzepte. Leistungsträger und Leistungsanbieter haben oft noch wenig Erfahrung und Routine im Umgang mit dem Persönlichen Budget. Das Budget stellt sie vor die Herausforderung, die Bewilligung, Planung und Gestaltung von Unterstützungsleistungen neu zu denken.

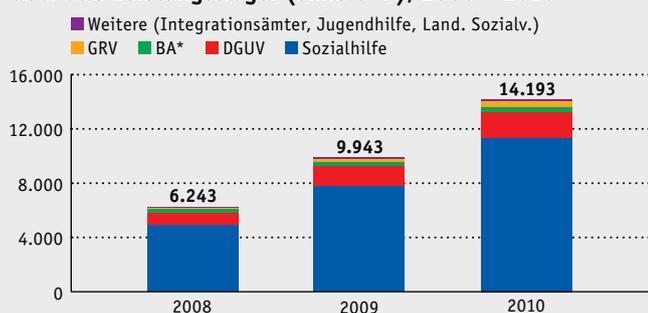
Für die Leistungsträger stellt sich vor allem die Frage, wie Unterstützungsbedarfe individuell ermittelt und in bedarfsgerechte Budgets übersetzt werden können. Zudem sind neue Prinzipien der Steuerung und Qualitätssicherung in einem System zu etablieren, das sich zunehmend individualisiert und Teilhabeziele in den Vordergrund rückt.

Die Leistungsanbieter stehen vor der Herausforderung, ihre auf pauschalen Leistungsentgelten beruhenden Gesamtpakete in attraktive, auf ihre Kunden zugeschnittene Einzelmodule umzuwandeln. Damit gehen Veränderungen sowohl auf betriebswirtschaftlicher und organisatorischer als auch auf fachlicher Ebene einher.

Individualisierung und Modularisierung. Das Persönliche Budget befeuert die Weiterentwicklung des Unterstützungssystems für Menschen mit Behinderungen im Sinne des SGB IX und der UN-Behindertenrechtskonvention. Hierauf müssen sich alle Leistungsträger und -anbieter einstellen – unabhängig von der Leistungsform.

Die Prognos AG kann Träger und Anbieter der Behindertenhilfe bei diesen Veränderungsprozessen fachlich und organisatorisch begleiten. Dabei geht es insbesondere darum, in einem moderierten Dialog zwischen Leistungsträgern, -anbietern und -nutzern zukunftsweisende Gestaltungs- und Finanzierungskonzepte zu entwickeln, sie fachlich und betriebswirtschaftlich zu bewerten und schließlich die Wirkungen umgesetzter Maßnahmen zu erfassen.

Anzahl neu bewilligter und laufender Persönlicher Budgets über alle Leistungsträger (ohne GVK), 2008 – 2010



* Nur neu bewilligte Budgets bei der Bundesagentur für Arbeit (BA). Ohne Zahlen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen und ohne Arbeitsassistenzen der Integrationsämter. © Prognos AG 2013

Melanie Henkel
melanie.henkel@prognos.com





Ausbau der Ganztagschule: Wer hat den Nutzen, wer trägt die Kosten?

Ein Vergleich des notwendigen Ressourceneinsatzes und der erwarteten fiskalischen Wirkungen ist maßgeblich für eine bessere Planbarkeit des Ganztagsausbaus.

Ganztagschulen sind heute ein fester Bestandteil der deutschen Bildungslandschaft. Der Anteil der Schüler/-innen in Ganztagschulen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Nach Angaben des aktuellen Bildungsberichts belief sich der Ganztagsanteil an allen Schüler/-innen im Jahr 2010 auf 28 % – 2004 betrug der Anteil noch 12,5 %. Für einen Ausbau der Ganztagschule werden im Wesentlichen zwei Argumente angeführt: größere Bildungschancen für Kinder und eine leichtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern.

Bessere Bildungschancen. Ganztagschulen bieten durch ihre umfassende Betreuungsleistung eine wichtige Voraussetzung für die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen. Dadurch verbessern sich die Bildungschancen, insbesondere von benachteiligten Kindern, was sich auf die späteren beruflichen Möglichkeiten sowie die gesellschaftliche Integration der Kinder positiv auswirken kann. Erste Evaluationen zu Ganztagschulen (vgl. StEG, 2010) ergaben, dass positive Effekte bezüglich Motivation, Sozialverhalten und Schulerfolg zu erwarten sind, wenn

- die Teilnahme an der Ganztagschule dauerhaft und regelmäßig erfolgt und
- die Qualität des Angebots ausreichend hoch ist.

Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Immer mehr Eltern möchten Familie und Beruf miteinander vereinbaren. Durch mehr Ganztagsangebote können insbesondere Mütter ihre Erwerbswünsche besser realisieren. Die Erwerbstätigenquote von Müttern in Deutschland liegt gegenwärtig bei 65 % (Stand 2010), davon arbeiten 71 % bis 32 Stunden pro Woche. Sowohl die Erwerbsbeteiligung als auch der Erwerbsumfang stehen in engem Zusammenhang mit dem Alter des jüngsten Kindes. Mit dem Ausbau der Betreuung für Kinder im Alter von ein bis drei Jahren realisieren viele Mütter ihre Erwerbswünsche. Mit dem Übergang in die Schule nimmt die Betreuungsintensität der Kinder aber wieder zu und der Erwerbsumfang steigt nur noch langsam an. Diese Situation ist sowohl aus Sicht der Mütter, die ihre Erwerbswünsche nicht in vollem Umfang realisieren (können), als auch der Unternehmen, die qualifizierte Fachkräfte suchen, unbefriedigend.

Die Kosten und die Vorteile kommunizieren. Ein quantitativer und qualitativer Auf- und Ausbau ist mit ökonomischen Vorteilen sowohl auf der individuellen als auch der gesamtgesellschaftlichen Ebene verbunden. Zugleich erfordert er Investitionen und führt zu laufenden Kosten. Die Gegenüberstellung des notwendigen Ressourceneinsatzes und der erwarteten ökonomischen Vorteile eines Ganztagsausbaus ist daher maßgeblich für eine bessere Planbarkeit und unterstützt die politische Vermittlung der Nutzeneffekte.

Kosten und Nutzen eines Ganztagsausbaus fallen institutionell und zeitlich auseinander. Mit dem Auf- und Ausbau des Ganztags sind Folgewirkungen auf den öffentlichen Haushalt verbunden. Auf der Einnahmeseite sind das zusätzliche Steuereinnahmen sowie Einnahmen aus Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung durch:

- das aufgrund des Ganztagsangebots veränderte Erwerbsverhalten der Mütter,

- mittel- bis langfristig: eine höhere Bildungsrendite der am Ganzttag teilnehmenden Kinder und Jugendlichen,
- die Einstellung zusätzlichen Personals für die Ganztagsbetreuung.

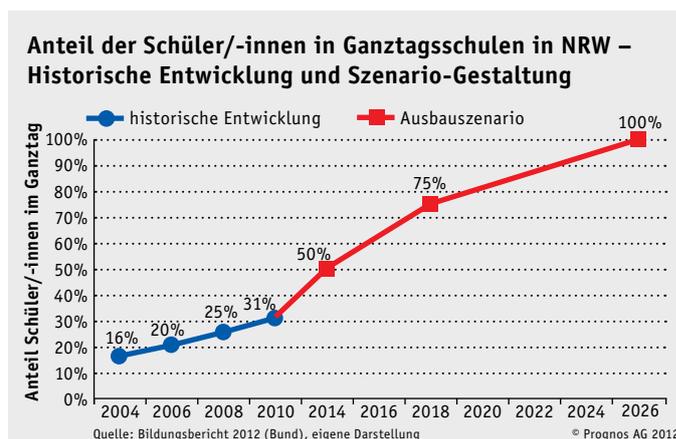
Außerdem sinken die Transferleistungen:

- an finanzschwache Familien und insbesondere Frauen, da diese aufgrund der verbesserten Betreuungssituation verstärkt erwerbstätig sein können,
- an Kinder, da sich die Bildungsförderung verbessert und damit zugleich auch die Aussicht auf ein finanziell abgesichertes Leben.

Die beschriebenen Einnahmeeffekte verteilen sich auf verschiedene Körperschaften. So fließen von den Einkommensteuereinnahmen jeweils 42,5 % an Bund und Länder und 15 % an die Kommunen. Die Sozialversicherungseinnahmen verbleiben bei den Sozialversicherungsträgern. Einspareffekte aufgrund verminderter Transferzahlungen verteilen sich ebenfalls gemäß den Zuständigkeiten auf die einzelnen Körperschaften. Im Zusammenhang mit der Wirkung der Ganztagsbetreuung auf die Bildungsrenditen der Kinder und Jugendlichen ist außerdem zu berücksichtigen, dass die Kosten der Beschulung und der Nutzen durch höhere Einkommen auch zeitlich auseinander fallen.

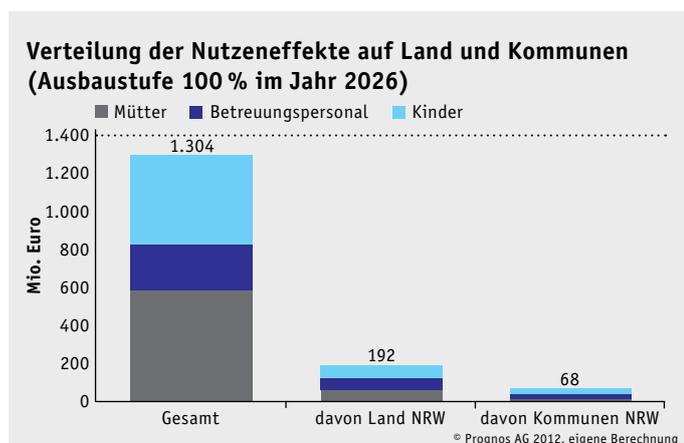
Auf der Ausgabenseite steigen durch den Ausbau der Ganztagschule die Personal- und Sachkosten. Das Land trägt die Kosten für pädagogisches Personal, bezahlt die Zuschüsse für den Einsatz, die Koordinierung und Fortbildung außerschulischer Träger und übernimmt die sonstigen steigenden Schulausgaben. Die Kommunen stellen die Räumlichkeiten zur Verfügung und tragen die laufenden Sachkosten sowie die Verpflegungs- und Verwaltungskosten.

Fiskalische Wirkungen des Ganztagsausbaus in NRW bis 2026. Für das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) hat die Prognos AG Kosten und Nutzen eines Ganztagsausbaus auf Länderebene sowie (beispielhaft) auf kommunaler Ebene berechnet. Ausgehend von einem bestehenden Ganztagsangebot für 31 % der Schüler/-innen im Jahr 2011 wurde ein Szenario berechnet, das einen jahrgangsweisen flächendeckenden Ausbau des Ganztagsangebotes bis zum Jahr 2026 annimmt. Das Szenario dokumentiert, was geschieht, wenn bis zum Jahr 2020 100 % der Schüler/-innen der Primarstufe im



Ganztag wären sowie bis zum Jahr 2026 auch alle Schüler/-innen der Sekundarstufe I.

Auswirkungen auf Landesebene. Bei dem angenommenen 100 %-Ausbauszenario entstehen im Jahr 2026 zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,3 Mrd. Euro im Vergleich zu 2011. Diese setzen sich zusammen aus Einnahmefeffekten aufgrund der Aufnahme oder Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Müttern, durch die Beschäftigung zusätzlichen Personals in den Ganztagschulen sowie zusätzlichen Einnahmen durch höhere Bildungsabschlüsse und daraus resultierenden zukünftigen höheren Einkommen der Kinder und Jugendlichen, die am Ganzttag teilnehmen. Dem Land NRW fließen davon rund 192 Mio. Euro zu, den Kommunen insgesamt 67,9 Mio. Euro. Der Rest der Einnahmefeffekte verbleibt beim Bund und den Sozialversicherungsträgern.



Die Kosten des Landes NRW für Personal sowie für verschiedene Förderprogramme für den Ganztagsausbau belaufen sich bei Erreichen eines flächendeckenden Ganztagsangebots im Jahr 2026 auf zusätzlich rund 1,99 Mrd. Euro im Vergleich zu 2011. Darin enthalten sind auch Kosten, die für die längere Beschulung der Kinder als Folge besserer Schulabschlüsse entstehen.

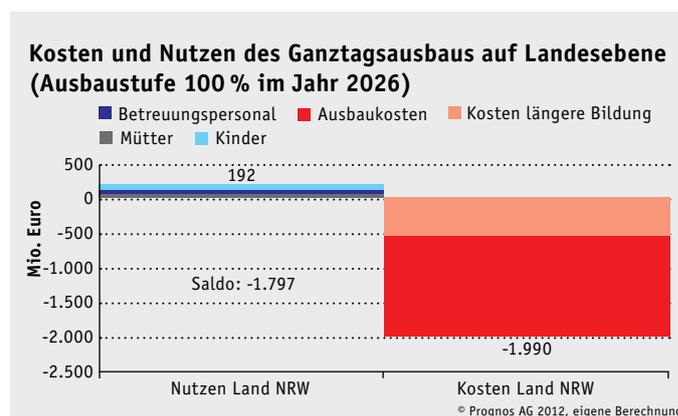
Der Saldo aus zusätzlichen Einnahmen und Ausgaben beläuft sich im Jahr 2026 auf -1,8 Mrd. Euro. Positive Renditen durch die angenommenen höheren Bildungsabschlüsse bei Kindern, die am Ganzttag teilnehmen, ergeben sich erst außerhalb des Betrachtungszeitraums bis 2026. Kurzfristig entstehen zunächst Einnahmeausfälle sowie direkte Kosten durch längere Beschulungszeiten. Der negative Saldo auf Landesebene ergibt sich primär dadurch, dass von den realisierten Einnahmen nur ein Teil dem Land zufließt.

Ergebnisse für vier Beispielkommunen. Beim Ausbau des Ganztags tragen Kommunen eine große Verantwortung. Angesichts der heterogenen Ausgangslage in den Regionen ist zu prüfen, welche Konsequenzen bei einem Ganztagsausbau für die Kommunen entstehen. Anhand von Fallstudien wurden in der Studie Kosten und Nutzen des Ganztagsausbaus für vier Kommunen ermittelt: Bergkamen, Bonn, Essen und Kevelaer. Die ausgewählten Kommunen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Sozialstruktur sowie der bereits realisierten Ausbausituation des Ganztags.

Bei den fiskalischen Effekten auf kommunaler Ebene ist zu unterscheiden zwischen einmaligen Investitionskosten, die erforderlich sind, um Räume und Infrastruktur für den Ganztagsbetrieb zu schaffen, sowie den laufenden jährlichen Personal- und Betriebskosten. Demgegenüber stehen auf der Einnahmeseite der Haushalte Investitionskostenzuschüsse, Gebühren und Beiträge im laufenden Betrieb sowie laufende Zuschüsse und fiskalische Effekte durch Beschäftigung und eingesparte Transferzahlungen.

Bereits die Investitionskosten unterscheiden sich stark, abhängig vom erreichten Stand des Ganztagsausbaus der Kommunen, der Entwicklung der Schülerzahlen sowie dem jeweiligen lokalen pädagogischen Konzept und Ausstattungsniveau. Sie reichen von rund 1,5 Mio. Euro in Kevelaer für die Schaffung von etwa 600 neuen Ganztagsplätzen bis zu 110 Mio. Euro in Essen für etwa 24.000 neue Plätze bis 2026.

Bei den Modellkommunen liegen die geschätzten zusätzlichen jährlichen Einnahmen im Jahr 2026 (Ausbauniveau 100 %) zwischen 131.000 Euro (Kevelaer) und 1,8 Mio. Euro (Essen). Den Einnahmen steht ein zusätzlicher jährlicher Aufwand für den flächendeckenden Ganztagsbetrieb zwischen 640.000 Euro (Kevelaer) und 16 Mio. Euro (Bonn) gegenüber. Ohne Berücksichtigung der Investitionen erhalten die Kommunen in der jährlichen Haushaltsrechnung für jeden Euro, der für den Ganzttag ausgegeben wird, mit Erreichen des maximalen Ausbaus im Jahr 2026 zwischen 10 Cent (Bonn) und 20 Cent (Kevelaer) zurück. Auf der Nutzenseite kann in den vorliegenden Berechnungen also nur ein Teil der laufenden Ausbaubskosten durch fiskalische Effekte gegenfinanziert werden. Allerdings ist hier zu beachten, dass sowohl die Beschäftigungseffekte eher defensiv kalkuliert (z. B. ohne geschaffene Lehrerstellen und unter Einbeziehung eines Dämpfungsfaktors) als auch zum Beispiel plausible erscheinende Einspareffekte an dritter Stelle im Haushalt nicht einbezogen wurden.



Fazit. Insgesamt ergibt die Studie, dass Kosten und Nutzen für den Ausbau des Ganztags ungleich verteilt sind. Während die Kosten zunächst vorwiegend vom Land und seinen Kommunen getragen werden, profitieren vorrangig der Bund und die Sozialversicherungsträger von Mehreinnahmen durch Einkommensteuer- und Sozialversicherungsbeiträge. Langfristig übersteigt der Nutzen des Ausbaus des Ganztags die Kosten, jedoch reicht der hier gewählte Betrachtungszeitraum bis 2026 nicht aus, um diese Entwicklung abzubilden. Aus gesellschaftlicher Perspektive birgt der Ausbau eines qualitativ hochwertigen schulischen Ganztagsangebotes jedoch schon heute die Chance, eine Verbesserung des Bildungsniveaus und der Teilhabechancen von jungen Erwachsenen zu erreichen und damit zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung positiv beizutragen.

Lisa Krämer
lisa.kraemer@prognos.com
Claudia Münch
claudia.muench@prognos.com
Marcel Hölterhoff
marcel.hoelterhoff@prognos.com



Kosten-Nutzen-Analysen dienen als wirtschaftliche und politische Entscheidungsgrundlage für die Durchführung von Maßnahmen oder Projekten. Gerne unterstützen wir Sie auch in Ihrem Vorhaben.



Studienserie Juvenir – Forschung im Dialog mit der Jugend

Bei der dialogbasierten Jugendstudienreihe Juvenir werden die interaktiven Potenziale der Neuen Medien konsequent eingesetzt. Thema der ersten Studie war die Nutzung des öffentlichen Raums durch Jugendliche.

Der Anspruch der von der Prognos AG im Auftrag der Jacobs Foundation Zürich konzipierten und durchgeführten Studienserie Juvenir geht über traditionelle Repräsentativstudien zu Jugendlichen in der Schweiz hinaus: Die jeweils gesellschaftlich relevanten Einzelthemen gewidmeten Studien, die über mehrere Jahre sukzessiv erstellt und publiziert werden, sollen sich zuvorderst und unmittelbar an der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen orientieren. Auf Grundlage der Ergebnisse soll zugleich der heterogenen Perspektive der Jugend im gesellschaftlichen Diskurs Gehör verschafft werden.

Ein innovativer Studienansatz auf Web-2.0-Basis. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wurde ein innovatives Studiendesign unter Nutzung der Möglichkeiten des Web 2.0 entwickelt, bei dem Jugendliche am gesamten Prozess der Studiendurchführung beteiligt werden. Gleichermassen werden die wissenschaftlichen Standards einer Repräsentativstudie gewahrt.

Damit sich die Jugendlichen jederzeit möglichst unkompliziert an der Studie beteiligen können, werden sämtliche Arbeitsschritte auf jugendspezifischen Plattformen im Internet durchgeführt. Bereits die Auswahl und Ausgestaltung der Themen erfolgt im Rahmen von Online-Chats und Abstimmungen auf Facebook. Die Repräsentativerhebung findet ebenfalls online statt. Zur Interpretation und Einordnung werden die Befragungsergebnisse wiederum auf einer eigens eingerichteten Facebook-Plattform zur Diskussion gestellt, die im Vorfeld gezielt beworben wurde. Darüber hinaus greift der in der Schweiz führende Online-Jugendsender joiz.ch die Ergebnisse in interaktiven Diskussionssendungen auf.

Dieser Ansatz erwies sich bereits bei der ersten Studie der Juvenir-Reihe zum Thema „Nutzung öffentlicher Räume durch Jugendliche“, die im vergangenen Oktober veröffentlicht wurde, als sehr erfolgreich. Durch die konsequente Einbindung von Jugendlichen von Beginn an fiel die Wahl auf ein Thema, dessen Relevanz in der Zeit der Studiererstellung stetig zugenommen hat. Im Sommer 2012 verging kaum eine Woche, in der in den Schweizer Medien nicht über Konflikte zwischen Jugendlichen und Erwachsenen im öffentlichen Raum berichtet wurde. Kulminationspunkt war eine Tanz-Demonstration am 2. Juni 2012 in Bern, bei der über 10.000 Jugendliche einem Aufruf zum Protest für mehr Freiräume gefolgt waren.

Mit teils unerwarteten Ergebnissen. Dem durch gegenseitige Zuschreibungen von Jugendlichen und Erwachsenen geprägten öffentlichen und politischen Diskurs und der häufig skandalisierenden medialen Berichterstattung konnte mit der Juvenir-Studie eine differenzierte Facette hinzugefügt werden. Hierbei zahlte sich wiederum aus, dass die – durchaus selbstkritische – Perspektive der Jugendlichen berücksichtigt wurde. Die überraschenden Ergebnisse zeichnen das Bild einer Schweizer Jugend, für die die Rücksichtnahme auf andere Nutzergruppen und Platzanwohner eine Selbstverständlichkeit darstellt; auch sie wollen die öffentlichen Plätze möglichst ohne Konflikte nutzen. Die Jugendlichen sehen sich mehrheitlich selbst in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass nicht so viel Müll in der Gegend herumliegt und dass die Lärmbelästigung gering bleibt. Selbst Sicherheitsdienste werden nicht pauschal

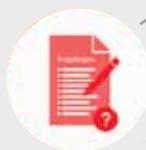
Der Dialog mit der Jugend



Identifikation der Juvenir-Themen
Die Jugendlichen selbst stimmen im Rahmen eines Facebook-Votings über das jeweilige Juvenir-Thema ab. Zugleich besteht die Möglichkeit eigene Themen in das Voting einzubringen.

Online-Chat

Ca. 10 – 15 Jugendliche diskutieren das aktuelle Juvenir Thema und konkretisieren es aus ihrer eigenen Perspektive. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für die Erstellung des standardisierten Fragebogens.



Online-Befragung
Online-Befragung anhand eines standardisierten Fragebogens durch ein professionelles Befragungsinstitut in den drei großen Sprachregionen der Schweiz.

Expertengruppe

Die Befragungsergebnisse werden einem ausgewählten Kreis an Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis (Expertengruppe) zur Diskussion gestellt.



Veröffentlichung
Im Rahmen des „Juvenir-Dialogs“ wird die Studie öffentlich vorgestellt.

Online-Diskurs

Jugendliche aus der ganzen Schweiz haben die Gelegenheit die Ergebnisse der aktuellen Juvenir-Studie zu bewerten und sich von Mehrheitsmeinungen abzugrenzen. Im Online-Diskurs können alle Interessierten ihre Standpunkte austauschen und diskutieren.



Auswertung des Online-Diskurs
Die Diskussion soll Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede des jeweiligen Juvenir-Themas verdeutlichen. Der Online-Diskurs wird ebenfalls anhand qualitativer Verfahren ausgewertet und öffentlich gemacht.

Quelle: Prognos AG/Feinheit GmbH 2012



Juvenir-Diskussion bei joiz.ch, joiZone Social vom 30. Oktober 2012 und 12. November 2012

Bildquelle: joiz.ch

abgelehnt, sondern es wird anerkannt, dass sie bei der Einhaltung eines Regelrahmens helfen können.

Jugendliche in der Schweiz nutzen öffentliche Räume pragmatisch, um Freunde und Bekannte zu treffen oder rumzuhängen und zu beobachten. Das ist kein politisches Statement. Es zeigt sich vielmehr, dass sich Jugendliche den öffentlichen Raum ohne rebellische Attitüde aneignen. Auch sie wollen in erster Linie eine einvernehmliche Lösung von Konflikten mit Anwohnern – die allerdings keineswegs die typische Erfahrung bei der Nutzung von öffentlichen Plätzen sind. In dieses Bild passt, dass nur eine Minderheit der Jugendlichen öffentliche Plätze als geeignete Orte für Partys oder Alkohol- und Drogenkonsum betrachtet. Als beliebteste Aktivitäten im öffentlichen Raum werden vielmehr – eher unspezifisch – das Miteinander-Zeit-Verbringen und der Austausch mit Freunden genannt.

Die Diskussion geht weiter. Die Veröffentlichung der Ergebnisse bildet keineswegs den Schlusspunkt der Juvenir-Studien. Sie stellt vielmehr den Auftakt für einen weiterführenden Dialog mit und unter Jugendlichen auf der Juvenir-Facebook-Seite (www.facebook.com/juvenir.ch) dar, der in den ersten zwei Monaten nach Veröffentlichung intensiv betreut wird. Zudem wurden die Studienergebnisse in mehreren Sendungen des Online-Jugendsenders joiz.ch vorgestellt und mit Akteuren aus Politik und Zivilgesellschaft diskutiert – ebenfalls unter direkter Beteiligung von Jugendlichen, die sich über das Internet mit eingebundenen Kommentaren und Fragen in die Gespräche einschalten können.

Die konsequente Nutzung jugendspezifischer Medien und Plattformen im Internet hat sich hierbei als praktikabler Weg für einen offenen und reflektierten Austausch erwiesen. Ein solcher Dialog erhöht nicht nur die Transparenz, er kann gerade bei kontroversen gesellschaftlichen Themen auch den ersten Schritt zu konstruktiven Lösungen bilden.

Generationsübergreifender Dialog als gesellschaftliche Chance.

Der Raumnutzung durch Jugendliche, die hergebrachten funktionalen Nutzungsarten widerspricht, begegnen Erwachsene häufig mit Vorurteilen und Vorbehalten. Statt bei Konflikten direkt mit den Jugendlichen zu sprechen, werden oft Polizei oder Sicherheitsdienste eingeschaltet, die zwar eine Kontrollfunktion ausüben und gesetzliche Regelungen durchsetzen, aber keinen wirklichen Interessensausgleich zwischen den Konfliktparteien herstellen können. Die gegenseitige Akzeptanz wird auf diesem Weg nur schwerlich gestärkt, eher das Gegenteil ist der Fall.

Dabei spielen öffentliche Räume für Jugendliche eine wichtige Rolle, insbesondere als Lern- und Erfahrungsräume. Sie dienen als Bühne für die Selbstpräsentation, hier werden Selbstwirksamkeit und Fremdwahrnehmung getestet. Sie sind Orte, an denen die typischen und – aus sozialpsychologischer Sicht – für die Jugendphase konstitutiven Entwicklungsaufgaben vollzogen werden können, die zugleich die Voraussetzung für gesellschaftliche Partizipation und aktives Mitwirken darstellen. Den Jugendlichen diesen Lernraum zu verweigern, heißt letztlich, das Demokratieverständnis in Frage zu stellen.

Gerade die Konfliktlagen oder vielmehr die Prozesse der Konfliktbeilegung bieten die Möglichkeit die Jugendlichen frühzeitig in den politischen Reproduktionsprozess einer demokratischen Gesellschaft einzubinden, indem sie gesellschaftliche Partizipationsrollen übernehmen. Die Nutzung öffentlicher Plätze kann als ein bewusster Schritt der Jugendlichen in die Öffentlichkeit betrachtet werden, der mit dem Wunsch nach Interaktion bzw. Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen verbunden ist. Dieser – keineswegs selbstverständliche – Schritt sollte als gesellschaftliche Chance begriffen und genutzt werden.

Ausblick. Die Juvenir-Studienserie soll in den kommenden Jahren in gleicher Form weitergeführt werden. Aktuell läuft die zweite Juvenir-Studie zum Thema „Sicherheit und Zufriedenheit bei der Ausbildungswahl“, das im Rahmen der Abstimmung auf Facebook favorisiert wurde. Weitere Informationen zu der Studienserie sind unter www.juvenir.ch verfügbar.

Michael Steiner
michael.steiner@prognos.com

Daniela Müller
daniela.mueller@prognos.com



Mit unserem Partner, der Agentur FEINHEIT GmbH in Zürich, nutzen wir die Neuen Medien für den Kunden und die Zielgruppe. Nicht zuletzt durch unsere Erfahrungen aus der Studienserie Juvenir verfügen wir über fundiertes Wissen, wie Neue Medien sowohl in der wissenschaftlichen Arbeit als auch in der politischen Kommunikation nachhaltig genutzt werden können. Gerne stellen wir Ihnen unser Konzept vor.



Innovative Finanzierungsinstrumente für die Kultur- und Kreativwirtschaft

Innovative Methoden, Denkmuster, Geschäftsideen prägen die Kultur- und Kreativwirtschaft. Oftmals hemmt der fehlende Zugang zu Privatkapital die Umsetzung der Innovation, daher sind neue Finanzierungsinstrumente gefragt.

Dank ihrer hohen Problemlösungskompetenz und starken Innovationsorientierung ist die Kultur- und Kreativwirtschaft Wegbereiter von neuen Produkten und Dienstleistungen sowie alternativen Formen der Arbeitsgestaltung. 2010 trug die Kultur- und Kreativwirtschaft mit 63,7 Mrd. Euro zur Bruttowertschöpfung in Deutschland bei und zählt neben dem Automobilbau, dem Maschinenbau und der IT-Wirtschaft zu den bedeutendsten deutschen Wirtschaftsfeldern.

Kennzeichen der Querschnittsbranche sind die Vielzahl an Freiberuflern und Kleinstunternehmen sowie ihre Heterogenität: Ihr gehören u. a. darstellende und bildende Künstler, Musiker, Journalisten, aber auch Werbefirmen, Designer sowie Hersteller von Games und Software an.

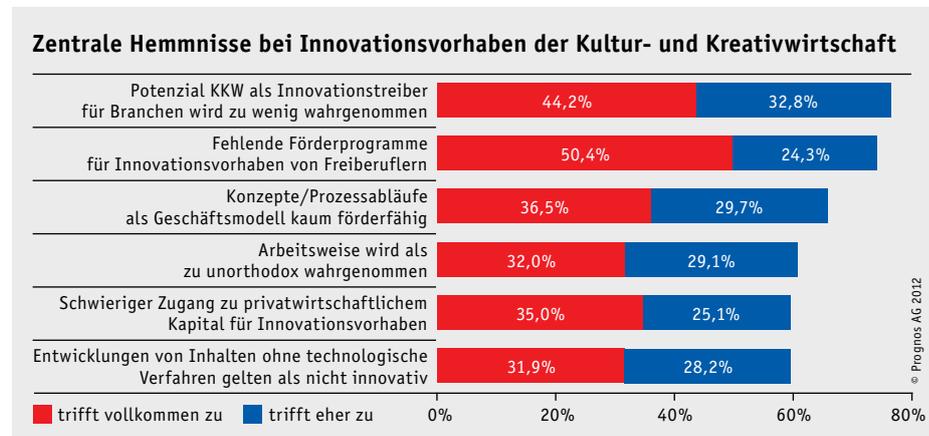
Innovationstreiber für andere Branchen.

Aufgrund ihrer starken Innovationsorientierung leistet die Kultur- und Kreativwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Gesamtwirtschaft. Durch enge Kooperationen mit Kreativunternehmen steigt die Innovationsfähigkeit der Firmen anderer Sektoren, vor allem mit Blick auf neue Produktkonzepte und Geschäftsmodelle.

Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie durchgeführte Befragung zeigt, dass Kreative zugleich Vorreiter im Einsatz neuer Technologien und Prozesse sind: Sie übertragen beispielsweise künstlerisch-kreative Ansätze auf wirtschaftsnahe Dienstleistungen, entwickeln neue Bezahlmodelle und führen interaktive Formen der Kunden-Nutzer-Kommunikation ein.

Eingeschränkter Zugang zu Fremd- und Risikokapital.

Trotz dieser wichtigen Rolle für die Gesamtwirtschaft wurde in der Befragung deutlich, dass für viele Kultur- und Kreativunternehmen der Zugang zu privatwirtschaftlichem Kapital zur Realisierung ihrer Innovationsvorhaben schwierig ist. Einerseits fehlt es ihnen an Anlagevermögen und Eigenkapital, andererseits ist es für Kapitalgeber vielfach schwierig, die Produkte und Dienstleistungen der Kreativen adäquat zu bewerten. Neuartige Geschäftsmodelle, ein hoher Anteil an immateriellen Gütern und ein geringer Standardisierungsgrad der Produkte und Dienstleistungen sind die we-



sentlichen Gründe, dass sich Banken bei der Kreditvergabe zurückhalten. Daher braucht es alternative Finanzierungsformen für die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Mikrokredite. In den letzten Jahren etablierten sich Mikrokredite (bis 5.000 Euro) als unkomplizierte Finanzierungsart für Gründer und kleine Unternehmen.

Crowdfunding. Ebenfalls interessant für die Finanzierung kleinerer Projekte und als Startfinanzierung ist die Suche nach Mikroinvestoren durch Crowdfunding. Hier werden Unternehmensanteile an eine Vielzahl von Investoren ausgegeben, um in der Summe die notwendige Finanzierung zu erzielen. Mittels sozialer Medien im Internet werden in kurzer Zeit viele potenzielle Geldgeber erreicht und zugleich im Netz eine eigene Unterstützergemeinde aufgebaut. Der führende Crowdfunding-Anbieter in Deutschland, Seedmatch, hat bereits über 3 Mio. Euro Startkapital eingesammelt und so die Finanzierung für rund 30 Kreativunternehmen erreicht.

Venture Capital und Bankbürgschaften.

Ein weiterer Weg zur Eigenkapitalfinanzierung führt über Venture-Capital-(VC) Geber. Hier existieren verschiedene öffentlich geförderte VC-Fonds (z. B. in Berlin und NRW). Sie teilen sich meist das Verlustrisiko mit privaten VC-Gebern. VC ist vor allem für Kreativunternehmen mit hohem Wachstumspotenzial interessant und wird oft von Unternehmen der Digitalwirtschaft genutzt.

Bei der Entscheidung zur Gewährung einer Bankbürgschaft für Projekte von Kreativunternehmen bindet die französische

Förderbank IFCIC branchenspezifisches Wissen Externer ein. Teilmarktspezifische Expertengremien bewerten hier die Projekte der Kreativen und geben eine Förderempfehlung ab.

Fazit. Zwar gibt es bereits einige Finanzierungsansätze für Kreativunternehmen, dennoch besteht weiterhin der Bedarf, dass sich erfolgreiche Ansätze stärker etablieren.

Es gilt, die oftmals vorhandene Aussichtslosigkeit von Finanzierungsanfragen der Kreativunternehmen zu beenden, bei denen weder für Förderbanken noch für Geschäftsbanken eine tragfähige Projekt- und Finanzierungsbewertung möglich ist. Dabei ist es zentral, dass sich Banken für neue Bewertungsansätze öffnen.

Zudem ist die Politik gefordert, eigene Programme aufzulegen, um bisher ungenutzte Wertschöpfungspotenziale zu heben. Die Stadt Berlin zeigt mit dem erfolgreichen Kreativwirtschaftsfonds, wie ein zielgruppengerechtes und attraktives Finanzierungsinstrument auf Landesebene aussehen kann.



Kathleen Freitag
kathleen.freitag@prognos.com

Florian Knetsch
florian.knetsch@prognos.com

Die Studie „Die Kultur- und Kreativwirtschaft in der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungskette“ finden Sie unter:
www.prognos.com/kreativwirtschaft



Technik ist nicht gleich Technik – Deutschland zeigt sich skeptisch

Deutschland hat sich gerade in der Wirtschaftskrise als Industriestandort mit hoher Innovationskraft bewährt. Gleichzeitig wird den Deutschen eine Grundskepsis gegenüber technischen Neuerungen und Großprojekten zugeschrieben.

In internationalen Vergleichsstudien besetzt Deutschland in Fragen zur Technologieaufgeschlossenheit der Bevölkerung häufig die hinteren Ränge. Eine von der Europäischen Kommission beauftragte Befragung zur Einstellung der EU-Bürger zu den Bereichen Wissenschaft und Technik (Eurobarometer Spezial 340, 2010) kommt zu dem Ergebnis, dass Europa insgesamt ein positives Bild zu beiden Bereichen und ihren Effekten hat. Die Antworten der deutschen Bevölkerung liegen jedoch deutlich hinter dem europäischen Trend. Mehr als ein Viertel der Antwortenden ist unentschlossen: Sie können nicht sagen, „ob Wissenschaft und Technologie unser Leben gesünder, leichter und bequemer machen“. Mehr als ein Achtel der Bevölkerung würde dieser These sogar widersprechen.

Hohe Technologieaffinität. Smartphones und neue Technologien im Automobil finden dagegen in Deutschland einen unmittelbaren und hohen Zuspruch in breiten Bevölkerungskreisen. Neue Technologie ist sowohl chic als auch nützlich, weil sie in vielen Fällen Komfort- und Sicherheitsgewinne verspricht. Insbesondere beeinflusst das Gefühl, eine selbstbestimmte Kauf- und Nutzungsentscheidung treffen zu können, die Einstellung und den Umgang mit neuen Technologien. Handlungsautonomie scheint gleichzeitig eine souveräne Techniknutzung und eine individuelle Beherrschung der Risiken zu ermöglichen.

Dabei müssen wir mit dem Widerspruch leben, dass individuelles Verhalten sich gezielt über einzugehende Risiken hinwegsetzt, wenn ihnen deutliche Komfortgewinne gegenüberstehen. Das beste Beispiel hierfür ist

die Pkw-Nutzung, die mit erheblich höheren Risiken verknüpft ist als die Wahl der meisten anderen Verkehrsmittel. Gleichzeitig vertrauen wir hierbei wiederum auf technische Assistenzsysteme, wie zum Beispiel ein Antiblockiersystem. Der Wunsch nach Handlungsautonomie manifestiert sich darin, dass weitergehende Eingriffe im Pkw, wie zum Beispiel das automatische Abbremsen am Stauende, zumeist auf größere Akzeptanzprobleme stoßen.

Fixierung auf nicht gestaltbaren Technologieeinsatz. Die häufig zitierte Technikfeindlichkeit ist nur in ausgewählten Feldern zu finden, zum Beispiel bei Maßnahmen der kommunikations- oder energietechnischen Infrastruktur und dem Neubau von industriellen Großanlagen. Dabei rücken einzelne Symbole der Technik, wie Sendemasten für den Mobilfunk oder neue Stromtrassen, in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Hier formiert sich in vielen Fällen eine regionale Gegenbewegung, die vom sogenannten NIMBY-Phänomen geprägt wird. „Not in my backyard“ beschreibt den Wunsch vieler, im privaten Umfeld so wenig (Groß-)Technologie wie möglich zu begegnen – oder auch nur zu sehen. Dass Alternativen, wie zum Beispiel das Verlegen von Erdkabeln, in der Realisierung viel aufwendiger und damit deutlich teurer sind, spielt in der Diskussion nur eine untergeordnete Rolle.

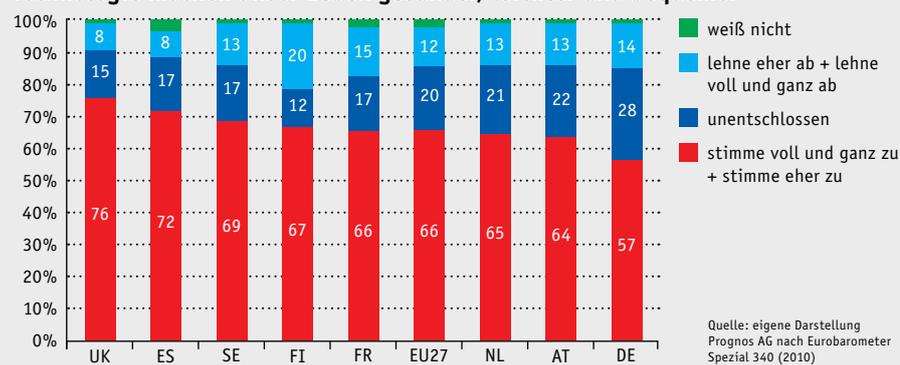
Sensibilisierung und Aufklärung. Mit verschiedenen Maßnahmen wird versucht, Impulse für ein positiveres gesellschaftliches Technologieleitbild zu setzen. Als besonders erfolgreich gelten Ansätze, die eher einen Event-Charakter haben: Lange Nächte der

Wissenschaft, bei denen Hochschulen und Forschungseinrichtungen einen Zuspruch breiter Bevölkerungskreise erfahren. Ansonsten begegnen uns die immer gleichen Formate mit den immer gleichen Klagen ob ihrer Wirkungslosigkeit. Imagekampagnen oder die Werbung für eine Ausbildung in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) scheinen nicht den gewünschten Anklang zu finden.

Einseitige Debatten. Offenkundig klaffen die private und berufliche Technologienutzung und das den Deutschen unterstellte Bild der Technikfeindlichkeit weit auseinander. Dies liegt zum einen daran, dass Technik nicht gleich Technik ist. Zu unterscheiden ist zwischen Alltags-, Arbeits-, Groß- und Expertentechnologien – mit differenzierten Wahrnehmungen, Leitbildern und Einstellungen. Zum anderen wird die Technikwahrnehmung häufig durch mediale Darstellungen geprägt, die den Nachrichtenwert vor allem am Störpotenzial oder an spezifischen Gefährdungslagen bemisst. Dabei sollen zumeist nicht spezifische Technologien diskreditiert werden, vielmehr greifen hier die Mechanismen der Medienarbeit: Aufmerksamkeit über den Weg der Betroffenheit erzielen.

Differenzierung notwendig. Häufig stehen sich in der Technikdebatte unterschiedliche „Lager“ unversöhnlich gegenüber. Die Argumente scheinen ausgetauscht, die Positionen geklärt, Kompromisse nicht in Sicht. Zu wenig berücksichtigt wird hierbei, dass sich in den Diskussionen vielfältige Betrachtungsebenen miteinander vermischen, die einer Differenzierung bedürfen. Zu nennen sind hier u. a. Fragen der Technikakzeptanz, der Risikokommunikation und des Verbraucherschutzes. Diese Differenzierung bietet ein wichtiges Werkzeug, um Einstellungen in der Bevölkerung von allgemeinen Zuschreibungen und Vorurteilen zu unterscheiden.

Länderspezifische Umfrageergebnisse zur Aussage: „Wissenschaft und Technologie machen unser Leben gesünder, leichter und bequemer“



Michael Astor
michael.astor@prognos.com
Dr. Georg Klöse
georg.klose@prognos.com



Ist Ihr Unternehmen fit für den Klimawandel?

Der Selbst-Check ADAPTUS unterstützt Unternehmen bei der Entwicklung und Umsetzung einer klimafokussierten Unternehmensstrategie.

In den letzten Jahren ist die Emscher-Lippe-Region häufiger von Starkregenereignissen (u. a. Dortmund 2008), Hitzesommern (2003) und Kälteperioden (Winter 2010/2011) betroffen. Durch den Klimawandel werden diese Ereignisse in Zukunft vermehrt auftreten und damit die Rahmenbedingungen, unter denen wir leben und wirtschaften, verändern. Insbesondere die Infrastruktursysteme zur Wasser- und Energieversorgung sowie Verkehrsinfrastrukturen stehen zukünftig vor neuen Herausforderungen. Der Klimawandel kann aber auch Auswirkungen auf den gesamten Wertschöpfungsprozess der Unternehmen haben. Kritische Produktionsfaktoren fallen aus, die gesamte supply chain (Lieferkette) wird beeinträchtigt oder der Standort kann gefährdet sein.

ADAPTUS – in Schritten zu einer klimafokussierten Unternehmensstrategie. Mit dem Tool ADAPTUS ist nun das erste Leitprojekt des Forschungsprojekts „dynamiklim – Dynamische Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels in der Emscher-Lippe-Region“ – abgeschlossen worden. ADAPTUS unterstützt Unternehmen des produzierenden und verarbeitenden Sektors dabei, die Risiken, aber auch Chancen

im Hinblick auf den Klimawandel aufzudecken.

ADAPTUS zeigt auf, welche Faktoren die Verletzlichkeit des Unternehmens bestimmen und welche Handlungsprioritäten sich daraus ableiten lassen. Das Tool umfasst einen Leitfaden sowie eine Excel-Arbeitsmappe, mit der zunächst in einem Schnell-Check geklärt werden kann, an welchen Stellen im Unternehmen mögliche Handlungsbedarfe bestehen und wie diese zu gewichten sind. Danach helfen zielgerichtete Fragen, einzelne Handlungsbereiche genauer anzuschauen, Risiken und Chancen zu identifizieren und Maßnahmen zu entwickeln.

Insgesamt werden sechs Unternehmensbereiche geprüft (vgl. Abbildung). Am Ende fließen die spezifischen Maßnahmen in einen Maßnahmenplan ein, in dem das Unternehmen Prioritäten setzt und direkt die Umsetzung planen kann.

Einbindung in das Risikomanagement. Den Klimawandel nicht als eigenes Thema im Unternehmen zu positionieren, sondern es in bestehende Managementabläufe einzugliedern, das war eine Prämisse der Tool-Entwicklung, die die Prognos AG zusammen mit dem Forschungsinstitut für Wasser- und

Abfallwirtschaft an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (FiW) und dem Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik (RUFIS) umgesetzt hat.

Das Tool ist als ein erster Schritt zu sehen, um das Thema Klimawandelfolgen möglichst breit in der produzierenden Wirtschaft zu verankern. Der Klimawandel steht dabei im Kontext bestehender unternehmerischer Risiken und ergänzt oder verstärkt diese. Klimawandelrisiken stellen somit im Kern eine Managementaufgabe dar, die Unternehmen mit Hilfe bestehender Strukturen (etwa des Risikomanagements) wahrnehmen müssen.

So geht es weiter. Im Ergebnis soll ein unternehmerisches Anpassungskonzept vorliegen, das fundierte Entscheidungen über konkret anstehende oder perspektivisch erforderliche Anpassungsmaßnahmen ermöglicht. Auf der Grundlage von ADAPTUS können bestehende Fördermaßnahmen u. a. des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eingesetzt werden; gefördert wird die Erstellung von Anpassungskonzepten, die eine Risiko- bzw. Betroffenheitsanalyse für die Belegschaft, den Standort, die Produktionsprozesse, die Produktpalette und die Wertschöpfungskette umfassen.

Die produzierenden Unternehmen orientieren sich primär an den Wertschöpfungsstufen ihrer Tätigkeit und den darin enthaltenen Risiken: von der Beschaffung über die Steuerungs- und Prozessrisiken in der Produktion bis zum (Markt-)Absatz der Güter. Es bietet sich an, diese Elemente der supply chain auch in den Vordergrund weiterer Entwicklungen zu stellen. Ein laufendes Vorhaben für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie untersucht daher noch detaillierter die Einbindung deutscher Unternehmen in nationale und internationale Lieferketten und bildet diese in einem eigenen KLIMACHECK ab.

Die ADAPTUS-Bausteine

Flächen und Gebäude

Unternehmensstandorte sind vielfältigen Einflüssen des Klimawandels ausgesetzt. Hochwasser, Starkregen, Stürme, etc. können erhebliche Schäden an Flächen und Gebäuden sowie Störungen im Betriebsablauf hervorrufen.

Produktion und Mitarbeiter

Industrielle Produktionsprozesse und Unternehmensaktivitäten sind teilweise in hohem Maße vom Klima abhängig (z.B. Niederschlag, Temperatur, Luftfeuchte). Veränderungen der klimatischen Bedingungen beeinflussen somit auch die Produktivität.

Erreichbarkeit und Versorgung

Die Auswirkungen des Klimawandels können im Bereich der infrastrukturellen Versorgung Störungen verursachen. Dabei beeinträchtigen Einschränkungen der Erreichbarkeit und der Versorgung Ihre Unternehmensbereiche.

Technologie- und Marktentwicklung

Die Identifikation aktueller Trends und die Erschließung neuer Märkte und Geschäftsfelder können für einen signifikanten Wettbewerbsvorteil sorgen. Damit kann der Klimawandel auch Chancen für Ihr Unternehmen eröffnen.

Kommunikation und Organisation

Offene Kommunikationsstrukturen, regelmäßige Austauschprozesse und klar definierte Verantwortlichkeiten unterstützen den Umgang mit den neuen Herausforderungen, die durch die Veränderungen der klimatischen Gegebenheiten entstehen.

Gesetzliche Vorgaben und Fördermöglichkeiten

Gesetzliche Vorgaben zwingen Unternehmen zu internen Veränderungsprozessen. Dabei können Förderprogramme ggf. die Finanzierung von Maßnahmen unterstützen und die Unternehmensbilanz entlasten.

Oliver Lühr
oliver.luehr@prognos.com





Stromversorgung der Schweiz: Integration fluktuierender Erneuerbarer

Die Stromversorgung ist durch Wasserkraftwerke sichergestellt, für die vollständige Integration großer Anteile Erneuerbarer reichen die Speicherkapazitäten der Schweiz jedoch langfristig nicht aus.

In der Schweiz ist zukünftig ein hoher Ausbau Erneuerbarer zu erwarten. Die erneuerbare Stromerzeugung steigt bis zum Jahr 2050 auf bis zu 50 % der gesamten Stromproduktion. Dabei werden zu einem großen Anteil Technologien ausgebaut, deren Primärenergieangebot Schwankungen unterworfen ist (vor allem Photovoltaik und Windenergie, teilweise Wasserkraft). Gleichzeitig ist die Stromerzeugungsstruktur durch einen hohen Anteil regelfähiger Erzeugungskapazitäten gekennzeichnet. Darunter fallen insbesondere regelfähige Wasserkraftwerke (Speicher- und Pumpspeicherkraftwerke).

Soll die inländische Versorgungssicherheit gewährleistet werden, so muss u. a. zu jedem Zeitpunkt die Stromnachfrage durch das verfügbare (inländische) Stromangebot gedeckt werden können. Hohe Anteile fluktuierender Erneuerbarer führen hierbei zu großen Herausforderungen. Darüber hinaus können sich in Perioden mit einer hohen erneuerbaren Stromerzeugung Situationen ergeben, in denen die verfügbare Erzeugung die Stromnachfrage deutlich übersteigt.

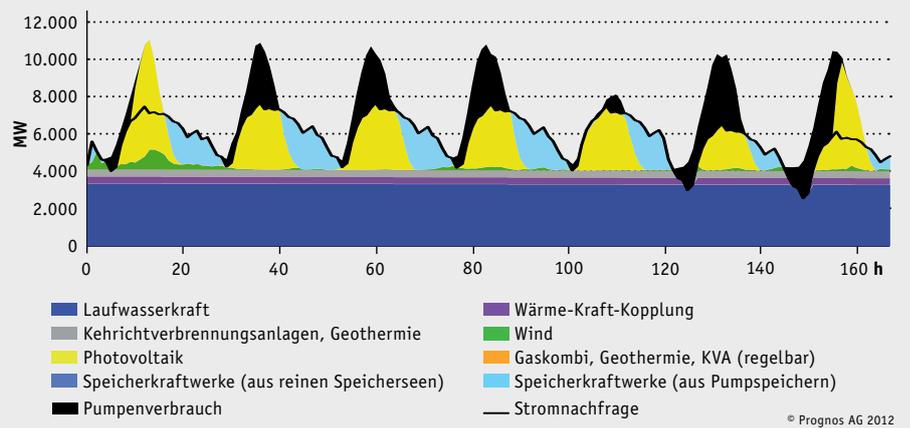
Durch eine stundengenaue Simulation von Stromerzeugung und Stromnachfrage werden die beschriebenen Herausforderungen quantitativ analysiert.

Ergebnisse der stundengenauen Simulation.

Die Stromerzeugung aus fluktuierenden erneuerbaren Technologien weist erhebliche saisonale Schwankungen auf. In den Wintermonaten ist die Erzeugung aus Photovoltaik-Anlagen und Laufwasserkraftwerken deutlich geringer als im Sommerhalbjahr. Die Berechnungen zeigen jedoch, dass die installierte Leistung und die gespeicherte Energie der Speicherkraftwerke im Winterhalbjahr ausreicht, um die Stromnachfrage zu jeder Stunde zu decken.

Im Sommerhalbjahr stellt sich aufgrund der hohen Stromerzeugung (vor allem durch Photovoltaik und Laufwasserkraft) die Frage, ob die Speicherkapazitäten der Pumpspeicherkraftwerke groß genug sind, um die Erzeugungsspitzen in Perioden mit geringer erneuerbarer Stromerzeugung zu verschieben. Die Analyse dieser Periode (vgl. Abbildung) zeigt, dass dies bei einem hohen Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung für den gewählten Betrachtungszeitraum nicht der Fall ist: Mehrere Erzeugungsspitzen können nicht gespeichert werden.

Stundengenaue Simulation: Stromerzeugung und Stromnachfrage in der Schweiz im Sommerhalbjahr (zweite Juniwoche) bei hohem Anteil Erneuerbarer Energie



Langfristig Engpässe in der Stromspeicherung. Die Ergebnisse der Modellrechnungen für den Zeitraum 2011 bis 2050 zeigen, dass in der Schweiz zu jedem Zeitpunkt genügend Leistung und in jeder Zeitperiode genügend Energie vorhanden ist, um die inländische Stromnachfrage zu decken. Am kritischsten für die Beanspruchung der Speicherkraftwerke sind dabei die Jahre nach der Außerbetriebnahme der Kernkraftwerke (ca. 2034 bis 2036). Die Herausforderung liegt in diesen Jahren verstärkt in einem vorausschauenden Management der Speicherkraftwerke, damit zum Ende des Winterhalbjahres noch ausreichend Wasser in den Speicherseen vorhanden ist, um genügend Strom erzeugen zu können.

Bis zum Jahr 2045 reichen die Speicherkapazitäten zudem aus, um Erzeugungüberschüsse zu speichern. Nach 2045 sind jedoch die verfügbaren Kapazitäten der Pumpspeicherkraftwerke nicht mehr hinreichend. Dies ist vor allem auf Beschränkungen durch die geringe Speicherkapazität der Unterseen zurückzuführen. Bis zum Jahr 2050 steigt der Bedarf an zusätzlichen Speicherkapazitäten zur vollständigen Integration der Erneuerbaren auf ca. 1 Terawattstunde (TWh) pro Jahr an.

Berücksichtigung von Sensitivitäten. Neben den fluktuierenden Eigenschaften der Sonneneinstrahlung und des Winddargebots weist das zukünftige schweizerische Stromsystem weitere Unsicherheiten auf: Die Erzeugung aus Speicher- und Laufkraftwerken ist vom Wasserzufluss in die

Wasserspeicher bzw. in den Flüssen abhängig. Außerdem ist das Jahresprofil der Stromnachfrage ebenfalls einer Vielzahl von Einflussfaktoren (z. B. Temperatur, Nachfrageverhalten) unterworfen.

Diese Unsicherheiten müssen in Sensitivitätsanalysen detailliert untersucht werden. Erste Abschätzungen wurden in der bisherigen Modellierung im Rahmen der Energieperspektiven für die Schweiz erarbeitet: Beispielsweise ergibt sich bei einer Laufwasserkrafterzeugung in Höhe des langjährigen Maximums ein notwendiger zusätzlicher Bedarf an Speicherkapazität von ca. 2,3 TWh pro Jahr (d. h. eine Erhöhung um 1,3 TWh im Vergleich zum Referenzfall). Im Vergleich dazu ist der Einfluss durch veränderte Einspeiseprofile der Wind- und Photovoltaik-Erzeugung geringer. Bei Berücksichtigung verschiedener Solarstrahlungsprofile ergibt sich eine zusätzlich notwendige Speicherkapazität von maximal ca. 1,2 TWh pro Jahr (d. h. eine Erhöhung um 0,2 TWh im Vergleich zum Referenzfall).



Dr. Almut Kirchner
almut.kirchner@prognos.com
Florian Ess
florian.ess@prognos.com



Veloverkehr in der Schweiz – Zählungen, Nutzen, Potenziale

Als dritte Säule neben dem motorisierten Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr steht der Langsamverkehr zu Fuß, auf Rollen oder Rädern für eine umweltverträgliche, gesundheitsfördernde und kostengünstige Mobilität.

Die Stiftung SchweizMobil betreut im Rahmen einer Public Private Partnership das nationale Veloroutennetz in der Schweiz, welches sich aus neun kantonsübergreifenden Routen mit einer Länge von mehr als 3.300 Kilometern zusammensetzt. Seit dem Bestehen des Veloroutennetzes führt die Stiftung Befragungen und Zählungen zur Evaluierung durch: Zum einen, um Aussagen zur Nutzung erbringen und Daten der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen zu können, zum andern, um den an den Zählanlagen beteiligten Trägern (Bundesamt für Straßen, Kantone) Rechenschaft abzulegen und den Nachweis des fremdenverkehrlichen Nutzens und der Wirtschaftlichkeit zu liefern.

Zählstellenbetrieb und Datenauswertung.

Seit 2004 wird hierzu der Veloverkehr auf den nationalen Routen des SchweizMobil-Netzes mit derzeit 18 automatischen Zählanlagen mittels Radartechnik kontinuierlich registriert. ProgTrans wertet die Daten alljährlich aus, überführt diese in zweckmäßige Darstellungen und fasst wichtige Kenngrößen wie zum Beispiel das durchschnittliche tägliche Veloaufkommen oder die Tagesganglinien jeder Zählstelle in Berichtsform zusammen. Die Jahresberichte sowie Erläuterungen zur Methodik können über die Stiftung SchweizMobil unter www.schweizmobil.org bezogen werden.

Da die Zählanlagen alle Beobachtungen am Messquerschnitt erfassen, werden die Datensätze nach einem ganz bestimmten Schema ausgewertet, damit Messungen, die nicht Bestandteil des Veloverkehrs sind, herausgefiltert werden. Dazu gehören jeglicher Motorfahrzeugverkehr, aber auch Fußgänger oder Skater. Der Veloverkehr lässt sich dabei durch eine zählstellenspezifische Wahl der beiden Filterparameter Geschwindigkeit und Länge vom restlichen Verkehr abgrenzen.

Aufgrund technischer Gegebenheiten kann nicht der ganze Veloverkehr zweifelsfrei erfasst werden, speziell nebeneinanderfahrende Velos – beispielsweise bei größeren Gruppen – sind durch die Radartechnik nicht als solche erkennbar. Diese werden über Korrekturfaktoren in den Datenbestand hineingerechnet, welche sich aus vergleichenden Handzählungen bestimmen lassen. Darüber hinaus werden die Messungen auf Plausibilität geprüft und im Bedarfsfall modifiziert oder mit Kenntnis der Ganglinien aus den Vorjahren und der Witterungsbe-

den. Von den insgesamt 143 Mio. Franken entfiel mehr als die Hälfte der Ausgaben auf dieses Segment. Rund ein Viertel davon waren Übernachtungsausgaben, wobei knapp die Hälfte der ca. 520.000 Aufenthalte in Hotels verbracht wurde.

Potenzial. Angesichts dieser Zahlen rückt für die Tourismusindustrie (nicht nur der Schweiz) besonders die Klientel der zahlungskräftigen Mehrtagesreisenden ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Zeiten des mit einem Negativimage behafteten Low-Budget-Urlaubs mit dem Velo sind schon lange vorbei. Professionelle Vermarktung, organisierte Reisen und attraktive Angebote sprechen mittlerweile Pauschalurlauber wie Individualisten gleichermaßen an, Urlaubsregionen buchstäblich zu „erfahren“. Die Bereitschaft ist da, für Dienstleistungen und Infrastrukturen wie Gepäckservice, Hotelaufenthalte oder Miet-Pedelecs (Velos mit elektronisch geregelter Tretunterstützung) entsprechend zu zahlen. SchweizMobil kann in dieser Hinsicht

als Vorzeigemodell bezeichnet werden. Aber auch außerhalb der Schweiz liegt das Velo – im Alltag wie auch in der Freizeit – voll im Trend. Aus eidgenössischer Sicht bleibt die Hoffnung, dass der in den vergangenen Jahren beobachtbare Rückgang im Schweizer Tourismus überwunden werden kann und neben den einheimischen „Pedaleuren“ zunehmend auch wieder internationale Gäste auf dem Schweizer Veloroutennetz unterwegs sein werden.

Wertschöpfung im Veloverkehr 2011: Jahresumsatzauf dem nationalen Velorouten-Netz

| | Tagesreisen | Mehrtagesreisen | Jahresumsatz 2011 gesamt |
|--------------|--------------------|--------------------|--------------------------|
| Verpflegung | 47 Mio. CHF | 27 Mio. CHF | 74 Mio. CHF |
| Transport | 14 Mio. CHF | 12 Mio. CHF | 26 Mio. CHF |
| Übernachtung | – | 35 Mio. CHF | 35 Mio. CHF |
| Anderes* | 3 Mio. CHF | 5 Mio. CHF | 8 Mio. CHF |
| Summe | 64 Mio. CHF | 79 Mio. CHF | 143 Mio. CHF |

* Sonstige Aufwendungen für in Anspruch genommene Dienstleistungen, Kulturangebote und Sightseeing sowie für Konsum- und Gebrauchsgüter (z.B. Souvenirs, Velo-Miete)

© ProgTrans AG 2012

dingungen ergänzt. Ein Zusammenhang zwischen Nutzungsintensität und Wetterverhältnis konnte bei allen bisherigen Jahresauswertungen in bemerkenswerter Deutlichkeit festgestellt werden.

Ergebnisse. Die Ergebnisse der Zählatauswertung für das Jahr 2012 werden demnächst von SchweizMobil veröffentlicht, weshalb an dieser Stelle kurz über die Vorjahreszahlen berichtet wird. 2011 wurden an den Anlagen rund 1,6 Mio. Velos gezählt. Hochgerechnet auf das Nationalroutennetz entspricht das einem Aufkommen von ca. 5 Mio. Fahrten bzw. einer Fahrleistung von 250 Mio. Velokilometern, wovon 5 % auf Mehrtagesreisen und der Rest auf Tagestouren entfallen. Wie wichtig der vergleichsweise niedrige Anteil von mehrtägigen Veloreisen für die Wertschöpfung ist, zeigt ein Blick auf die Jahresumsätze, die in diesem touristischen Wirtschaftssektor generiert wer-

Simon Rikus
simon.rikus@progtrans.com



Weitere Informationen zur systematischen Vermessung des Rad-/Veloverkehrs – RadAR Radverkehr Analyse und Report – finden Sie unter www.progtrans.com/html/radar.html.



Thüringen – die Chancen der besseren Erreichbarkeit nutzen

Ab 2017 werden in Thüringen bedeutende Infrastrukturerweiterungen im Straßen- und Schienenverkehr betriebsbereit sein. Kernstück ist die ICE-Neu- und Ausbaustrecke auf der Verbindung Berlin–Erfurt–München.

Durch den verkehrsinfrastrukturellen Ausbau werden sich die Erreichbarkeit von Thüringen und insbesondere die zentralörtliche Lage von Erfurt erheblich verbessern. Nahezu alle wichtigen Metropolen in Deutschland sind zukünftig ausgehend von der Landeshauptstadt Erfurt mit dem ICE in Reisezeiten von bis zu drei Stunden zu erreichen. Thüringen stärkt damit seine Position als „schnelle Mitte“ Deutschlands.

Die Prognos AG und die ProgTrans AG haben im Auftrag der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen auf der Basis einer detaillierten Darstellung der Reisezeitveränderungen die verkehrstechnischen Vor- und Nachteile sowie Chancen und Risiken der Infrastrukturerweiterungen im Freistaat herausgearbeitet. Hieraus wurden konkrete Handlungsfelder und Leitprojekte abgeleitet, mit denen die Chancen der verbesserten Erreichbarkeit für den gesamten Freistaat gezielt genutzt werden können.

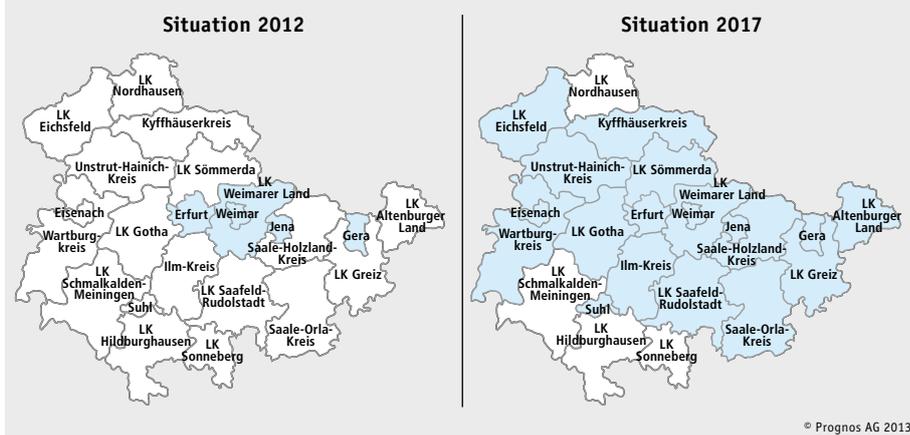
Grundlage: Erreichbarkeitsanalyse. In den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten konnte Thüringen bereits maßgeblich von Infrastrukturaus- und -neubauten sowie von Lückenschlüssen und Elektrifizierungsmaßnahmen profitieren. Die untersuchten Veränderungen beziehen sich ausschließlich auf die wesentlichen aktuell in Planung bzw. im Bau befindlichen Maßnahmen mit überregionaler Bedeutung. Berücksichtigt werden auch sogenannte intermodale Verkehre (d. h. Reiseketten unter Nutzung von Bahn und Pkw), welche insbesondere in peripheren Kreisen schnellste Reisezeiten ermöglichen.

Wirtschaftliche Auswirkungen. Der Landesentwicklung bieten sich Chancen:

- bei wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zu Wirtschaftsregionen benachbarter Bundesländer,
- beim Leistungsaustausch zwischen den Städten und Landkreisen der „Impulsregion“ Erfurt, Jena, Weimar und Weimarer Land sowie
- bei der Vernetzung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft.

Insbesondere wissensintensive Industrie- und Dienstleistungsbranche sowie die Wissenswirtschaft und klassische Dienstleistungen wie die Tourismuswirtschaft werden von den verbesserten Erreichbarkeiten profitieren.

Regionen Thüringens, die von Berlin aus in weniger als 2:45 h erreichbar sind



Die Potenziale lassen sich beispielhaft über einen Reisezeitvergleich zwischen der Situation 2012 und der zukünftigen Situation nach 2017 anhand von Schwellenwerten veranschaulichen. Die Attraktivität von Geschäftsreisen von bis zu einem Tag nimmt bei einer Anreisedauer von 2,5 bis 3,0 Stunden spürbar zu. Mit Reisebeginn in Berlin wurden 2012 lediglich die zentralen Städte Erfurt, Jena, Weimar und Gera sowie der Landkreis Weimarer Land in weniger als 2:45 Stunden erreicht. Ab 2017 wird auf dieser Verbindung dann der Großteil Thüringens in weniger als 2:45 Stunden erreichbar sein.

Aus einer zusammenführenden Bewertung aller räumlichen und ökonomischen Aspekte lässt sich ableiten, welche Regionen Thüringens durch die Infrastrukturmaßnahmen besonders begünstigt werden und wo die wirtschaftlichen Chancen am höchsten sind: Neben den Städten Erfurt und Weimar bestehen demnach sehr gute Perspektiven für die Landkreise Sömmerda und Weimarer Land, den Kyffhäuserkreis sowie den Ilm-Kreis. Gute Möglichkeiten zeichnen sich für die Landkreise Unstrut-Hainich-Kreis, Gotha und Schmalkalden-Meiningen ab.

Risiken. Neben den allgemein negativen Auswirkungen des demografischen Wandels und des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs auf die Landesentwicklung besteht die Gefahr, dass die Chancen der zukünftigen verbesserten Erreichbarkeiten zu spät oder nicht im möglichen Umfang genutzt werden können. Die Folge wären negative Pendler-

salden und der verkehrliche Nutzen würde sich auf den Transitverkehr beschränken. Umso wichtiger ist es daher, rechtzeitig ergänzende Maßnahmen umzusetzen, um beispielsweise ein leistungsfähiges und attraktives Angebot im Schienenpersonenverkehr gewährleisten zu können (eines der zehn identifizierten Leitprojekte).

Die zentralen Handlungsfelder. Der analytische Rahmen zur systematischen Nutzung der Erreichbarkeitsvorteile umfasst vier zentrale Handlungsfelder: Mobilität, wissensnahe Dienstleistungen der Zukunft, Tourismus/Tagungen sowie Stadtentwicklung. Die Umsetzung der hierunter subsummierten Leitprojektvorschläge wird durch eine fachübergreifende Lenkungsgruppe auf Landesebene gesteuert, unter Einbindung von Experten aus Wirtschaft, Politik und den einzelnen Regionen Thüringens.



Dr. Andreas Borchardt
andreas.borchardt@prognos.com

Jan Berewinkel
jan.berewinkel@prognos.com

Simon Rikus
simon.rikus@progtrans.com

Die Experten der Prognos und Progtrans stehen Ihnen gerne als Ansprechpartner für die Identifizierung und Weiterentwicklung von Leitprojekten mit regionalwirtschaftlicher, verkehrlicher und politischer Dimension zur Verfügung.



Nachhaltiges Gesamtkonzept der Abfallentsorgung in München

Die Ökoeffizienz spielt in der Abfallwirtschaft eine immer größere Rolle. Eine Studie hat jetzt die verschiedenen Erfassungs- und Verwertungssysteme für Abfälle und Wertstoffe in der bayerischen Metropole untersucht.

Aufgrund der aktuellen politisch-rechtlichen sowie technischen Entwicklungen zeichnet sich in der Abfallwirtschaft ein Trend hin zu einer Wertstoff- und Ressourcenwirtschaft ab. Daher gilt es, die bestehenden Erfassungs-, Behandlungs- und Verwertungsstrukturen der kommunalen Entsorgungsträger zu überprüfen und anzupassen.

Vor diesem Hintergrund hat der Abfallwirtschaftsbetrieb München die Prognos AG und das Fraunhofer Institut UMSICHT damit beauftragt, ein zukunftssicheres, nachhaltiges Gesamtkonzept mit einer hohen Wirtschaftlichkeit und Ressourceneffizienz zu entwickeln, das zugleich sehr benutzerfreundlich und praktikabel für die Bürger ist.

Von der Verwertung her denken. Der Grundgedanke der Untersuchung war, die kommunale Abfallwirtschaft auf Ebene der einzelnen Stoffströme von der Hochwertigkeit der Verwertung her zu denken. In einem ersten Schritt wurde, noch unabhängig von den Inputströmen, eine Vielzahl von Verwertungsoptionen mit Hilfe einer Stärken-Schwächen-Analyse bewertet, u. a. hinsichtlich der ökologischen Auswirkungen, der Entsorgungssicherheit sowie der Qualität der gewonnenen Wertstoffe.

Auf Basis dieser Vorauswahl und in Kombination mit den möglichen Erfassungsoptionen sowie teilweise notwendiger Vorbehandlungen sind mehr als 300 Systemvarianten für die betrachteten 16 Siedlungsabfallströme analysiert worden. Diese Systemvarianten wurden mit Hilfe von quantitativen und qualitativen Bewertungskriterien aus den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft/Soziales dem Status quo der Abfallentsorgung in München gegenübergestellt. Eine Sensitivitätsanalyse bewertete anschließend die Stabilität der gewonnenen Erkenntnisse, u. a. in Bezug auf Mengenabschöpfungen für Wertstoffe und Transportentfernungen zu Verwertungsanlagen. Auf die rechtlichen und finanziellen Wagnisse der Ergebnisse ging die abschließende Risikoanalyse ein.

Stoffliche und energetische Verwertung kombinieren. Die durchgeführten Analysen haben gezeigt, dass eine Kombination

aus stofflichen und energetischen Verwertungsverfahren (je nach Stoffstrom) für eine ökoeffiziente Verwertung am geeignetsten ist.

Eine hochwertige stoffliche Verwertung ist vorrangig für sehr sortenrein erfasste Stoffströme (Altpapier, Altglas etc.) zu empfehlen. Darüber hinaus erwies sich die Aussortierung von Wertstoffen aus Stoffgemischen, wie beispielsweise Sperrmüll, zur anschließenden stofflichen Verwertung als ökoeffizient.

Demgegenüber ist mit zunehmendem Störstoffanteil, insbesondere bei hochkalorischen Stoffströmen wie Mischkunststoffen oder Althölzern, die energetische Verwertung – beispielsweise durch die Mitverbrennung in der Industrie oder den Einsatz im Biomasseheizkraftwerk – vorteilhafter. Auch für ausgewählte sortenreine Stoffströme zeigen sich energetische Verfahren sowohl aus ökologischen als auch ökonomischen Gründen als besonders vorteilhaft. Dies gilt zum Beispiel für die im Entsorgungspark Freimann realisierte Trockenfermentation zur Verwertung von Bio- und Grünabfällen mit anschließender Nachrotte wie auch für die energetische Nutzung von Restmüll im Müllheizkraftwerk Nord.

Status quo der Erfassung in München bestätigt, weitere Wertstoffpotenziale heben. Die Analysen und Bewertungen der vielfältigen Varianten haben ergeben, dass der in München vorgefundene Status quo zur Erfassung der Siedlungsabfälle bereits heute ökoeffizient und bürgerfreundlich ist. Das verwendete Drei-Tonnen-System (Restmüll, Papier, Bioabfall) – in Kombination mit den Depotcontainern für Glas sowie den über das Stadtgebiet verteilten Wertstoffhöfen – bildet die Basis für eine rechtskonforme sowie effiziente Erfassung der Münchner Abfallströme und gewährleistet mit den angeschlossenen Verwertungsanlagen die Entsorgungssicherheit.

Um den zukünftigen Herausforderungen einer restmüllarmen Abfallwirtschaft gerecht zu werden, ist die Abschöpfung weiterer sortenreiner Stoffströme durch zusätzliche Erfassungsmöglichkeiten notwendig. Durch zusätzliche haushaltsnahe Erfassungssysteme, wie eine stoffstromspezifische Sperrmüllfassung

oder ein Wertstoffmobil, können verbleibende Wertstoffpotenziale im Restmüll gehoben und einer gezielten hochwertigen stofflichen Verwertung zugeführt werden.

Diese Systeme gilt es, auf die jeweils vorliegenden Gegebenheiten der einzelnen Stadtgebiete anzupassen. So bieten sich im stark verdichteten Innenstadtbereich vor allem platzsparende und das Stadtbild möglichst wenig beeinflussende Lösungen an, während in den Außenbezirken die örtlichen Verhältnisse auch Erfassungsvarianten mit mehr Platzbedarf, wie zum Beispiel Depotcontainer, zulassen.

Dem Anspruch der Wertstoff- und Ressourcenwirtschaft mit Vorrang der stofflichen vor der energetischen Verwertung gerecht werden. Ein zukunftssicheres, nachhaltiges Abfallkonzept, das bürgerfreundlich ist, sowie eine hohe Wirtschaftlichkeit und Ressourceneffizienz aufweist, erfordert individuelle und an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Lösungen. Außerdem sind innovative Ideen im Bereich der Erfassung, Behandlung und Verwertung gefragt, die die aktuellen Marktentwicklungen und Änderungen im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Nur dann können weitere Wertstoffpotenziale abgeschöpft werden und die Wettbewerbsfähigkeit – unter dem Anspruch einer Wertstoff- und Ressourcenwirtschaft – auf kommunaler Ebene erhalten werden.



Thorsten Thörner
thorsten.thoerner@prognos.com

Nadja Schütz
nadja.schuetz@prognos.com

Mindestlohn und Armutsvermeidung: einfache Instrumente, einfache Zielgrößen?

Trotz einer komplexen ökonomischen Welt mit Millionen von unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen ist die Politik immer wieder versucht, mit einfachen Maßnahmen einfach messbare Erfolge zu erzielen. Während dabei häufig die Maßnahmen im Zentrum der Kritik stehen, bestehen die Defizite nicht selten in der Einfachheit und der Interpretation der Erfolgsindikatoren.

Anfang März 2013 hat der Bundesrat eine Gesetzesinitiative verabschiedet, die – zumindest für Befürworter eines flächendeckenden Mindestlohns – überzeugend klingt: Durch eine allgemeine Lohnuntergrenze in Höhe von 8,50 Euro erzielen Erwerbstätige, die heute geringer entlohnt werden, ein höheres Einkommen. Dadurch könne die Gefährdung durch Armut in Deutschland reduziert werden. Wer arbeitet, soll nicht arm sein.

Gegner eines (flächendeckenden) Mindestlohns argumentieren, dass durch eine administrative Anhebung der Entlohnung (im Extremfall all) jene ihren Arbeitsplatz verlieren, die von dieser Lohnerhöhung eigentlich profitieren sollen. Im Ergebnis gingen deren Einkommen zurück, statt zu steigen. Das Armutsproblem in Deutschland verstärkt sich, anstatt sich abzuschwächen.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns ein gleichsam gewagtes wie mutiges Experiment ist: Die Löhne von mehreren Millionen Beschäftigten werden „handstreichartig“ zum Teil erheblich angehoben, bei a priori unklaren Folgen für die Beschäftigung.

Armut ist eine relative Größe.

Selbst wenn wir zunächst von möglichen Arbeitsplatzverlusten absehen, ist es alles andere als selbstverständlich, dass ein Mindestlohn einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung von Armut in Deutschland leisten kann, wie vielfach behauptet wird. Dies hat damit zu tun, wie wir Armut messen. Armut ist eine relative Größe. Als armutsgefährdet gelten Haushalte (nicht einzelne Personen!), deren mit der Haushaltsgröße gewichtetes („äquivalenzgewichtetes“) Nettoeinkommen (aus Erwerbseinkommen und Transfers) weniger als 60 % des mittleren Einkommens („Medianeinkommens“) beträgt. Eine einfache Überlegung zu diesem relativen Konzept zeigt bereits das Problem: Würde sich das Einkommen aller Haushalte in Deutschland genau verdoppeln, würde sich die Armutsgefährdungsquote um exakt 0,0 Prozentpunkte verringern.

Von den 6 Mio. Beschäftigten, die heute weniger als 8,50 Euro je Stunde verdienen, leben nur 18 % in relativer Armut.

Was passiert bei Einführung eines Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro? Die Überlegung der Politik ist, dass davon insbesondere Personen profitieren, deren Haushalte gegenwärtig unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegen und die mit einem Mindestlohn über die 60 %-Schwelle gehoben werden können. Berechnungen mit dem Mikrosimulationsmodell der Prognos AG auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels 2011 zeigen, dass rund 6 Mio. Beschäftigte heute weniger als 8,50 Euro je Stunde verdienen. Diese Gruppe profitiert vom vorgeschlagenen Mindestlohn. Tatsächlich leben aber nur 18 % dieser Beschäftigten heute in relativer Armut. Nur diese Personen werden potenziell über die Ar-

mutgefährdungsschwelle von 60 % gehoben. 30 % der Nutznießer eines Mindestlohns leben in einem Haushalt, in dem sogar mehr als das Medianeinkommen erzielt wird. Diese Personen sind damit weit von einer Armutsgefährdung entfernt. Interessant ist zudem die Gruppe der verbleibenden 52 %, die in einem Haushalt leben, in dem zwischen 60 % (Armutsgefährdung) und 100 % des Medianeinkommens erzielt werden. Einkommenssteigerungen im Zuge eines Mindestlohns führen aus dieser Gruppe heraus dazu, dass sich das durchschnittliche Einkommen der Bevölkerung erhöht. Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro steigt das äquivalenzgewichtete Medianeinkommen um rund 48 Euro pro Monat. Eine vierköpfige Familie muss, um die 60 %-Marke zu überschreiten, netto rund 60 Euro pro Monat mehr verdienen.

Bei Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro steigt die Armutsgefährdungsquote sogar um 0,2 Prozentpunkte.

Diese Zusammenhänge in der Armutsmessung führen nun zu einem unerwünschten Effekt: Statt zu sinken, steigt die Armutsgefährdungsquote bei Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro sogar um 0,2 Prozentpunkte. Das Gegenteil dessen, was die Politik intendiert, wird erreicht. Und dies unter der Annahme, dass durch den Mindestlohn kein einziger Arbeitsplatz verloren geht und dabei die verfügbaren Einkommen um mehr als 19 Mrd. Euro pro Jahr ansteigen.

Gibt man die restriktive Annahme auf, dass keinerlei negative Arbeitsmarktreaktionen auftreten, und betrachtet das andere Extrem, dass jeder Arbeitsplatz, der von einer Lohnerhöhung betroffen wäre, verloren ginge, zeigen sich ebenfalls unerwartete Resultate: Obwohl es den rund 6 Mio. (ehemals) Beschäftigten in diesem Fall objektiv und unstrittig wirtschaftlich deutlich schlechter geht, erhöht sich die Armutsgefährdungsquote um „nur“ 2 Prozentpunkte.

Vor einfachen Messgrößen wie der Armutsgefährdungsquote sei gewarnt.

Mithin sei gewarnt nicht nur vor einfachen Konzepten wie dem Mindestlohn, deren Folgen für viele Betroffene unklar sind, sondern auch vor einfachen Messgrößen wie der Armutsgefährdungsquote. Konzentriert man sich in der Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen nur auf derartig einfache Größen, kann dies leicht in die Irre leiten. Die Beispielrechnungen zeigen: Die Armutsgefährdungsquote kann steigen, auch wenn es den Menschen wirtschaftlich besser geht; umgekehrt würde sie uns die sozialen Folgen im Falle stark steigender Arbeitslosigkeit schlicht verschweigen.



Energieeffiziente Sanierung lohnt sich

Im Auftrag der KfW Bankengruppe hat die Prognos AG die zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Effekte der Fortführung der KfW-Förderung des energieeffizienten Bauens und Sanierens bis 2050 ermittelt. Darüber hinaus zeigen die Berechnungen, dass die erzielten Energiekostensparnisse die energieeffizienzbedingten Mehrausgaben der Gebäudesanierung refinanzieren.

Um die Energiewende zu schaffen, unterstützt die KfW in der Studie bis zum Jahr 2050 Gesamtinvestitionen für die Gebäudesanierungen in Höhe von 507 Mrd. EUR. Die Energiekostensparnis dieser Sanierungen (361 Mrd. EUR) finanziert die geschätzten, energieeffizienzbedingten Mehrausgaben (237 Mrd. EUR). Sie deckt darüber hinaus zu einem wesentlichen Teil die allgemeinen Sanierungskosten (Ohnehin-Kosten, 270 Mrd. EUR), die bei einer Sanierung unabhängig von der Steigerung der Energieeffizienz anfallen. Hieraus ergibt sich ein Plus von 124 Mrd. EUR.

Darüber hinaus werden Gesamtinvestitionen in den energieeffizienten Neubau in Höhe von 331 Mrd. EUR gefördert. Das Gesamtvolumen aller geförderten Investitionen beläuft sich auf 838 Mrd. EUR.

Wesentliche Ergebnisse der Studie zur Berechnung der volkswirtschaftlichen Wirkungen der KfW-Programme zum Energieeffizienten Bauen und Sanieren sind:

- Klimaneutraler Gebäudebestand in 2050 mit 20 % des heutigen Primärenergieverbrauchs
- 200.000–300.000 Beschäftigte pro Jahr, vor allem im regionalen Handwerk
- Kumulierte CO₂-Reduktion in Höhe von 67 Mio. t pro Jahr
- Zusätzliche Steuereinnahmen aus Wachstum und Beschäftigung mit 95 Mrd. EUR höher als Fördermitteleinsatz von 66 Mrd. EUR
- Im Durchschnitt 0,4 % Beitrag zum jährlichen BiP

Die KfW zieht auf Basis der Prognos Studie eine positive Bilanz für die Programme zum Energieeffizienten Bauen und Sanieren. Sie sind zentraler Bestandteil des energiepolitischen Konzepts der Bundesregierung zur Erhöhung der Energieeffizienz und zum Klimaschutz im Gebäudebestand.

■ Weitere Informationen finden Sie unter www.prognos.com/kfw-eps

Aktuelle Projekte (Auswahl)

NORD.LINK. Der norwegische Übertragungsnetzbetreiber Statnett, der niederländisch-deutsche Netzbetreiber TenneT und die Kreditanstalt für Wiederaufbau haben beschlossen, die NORD.LINK-Stromleitung als erste von zwei geplanten Seekabelverbindungen zwischen Deutschland und Norwegen zu realisieren. Um das Seekabel im Jahr 2018 in Betrieb zu nehmen, ist bei einer dreijährigen Bauzeit die Genehmigung bis 2014 erforderlich. Die Prognos AG begleitet seit 2010 sowohl den Genehmigungsprozess als auch die öffentliche Kommunikation mit den Bürgern in Deutschland.

■ www.prognos.com/nordlink

Qualitätspakt Lehre. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat die Prognos AG in einem Bieterkonsortium mit dem Zentrum für Qualitätssicherung und -entwicklung der Universität Mainz beauftragt, bis 2016 das Bund-Länder-Programm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre zu evaluieren. Ansatzpunkte sind insbesondere eine Verbesserung der Personalausstattung von Hochschulen für Lehre, Betreuung und Beratung sowie die Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen Hochschullehre. Insgesamt werden bundesweit 178 Projekte im Rahmen des Qualitätspakts Lehre gefördert.

Leitbild- & Strategieprozess für die Region Stuttgart. Unter der Federführung der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH wird bis Herbst 2013 für diesen Wirtschafts- und Wirtschaftsstandort ein partizipativer Leitbild- und Strategieprozess umgesetzt. Neben den Kommunen sind

die Wirtschafts- und Sozialpartner, Verbände, Unternehmen, Hochschulen sowie wissenschaftliche und gesellschaftliche Einrichtungen der Region eingebunden. Die Prognos AG unterstützt diesen Prozess mit einer SWOT-Analyse (inkl. Benchmarking) und übernimmt die Moderation von sechs thematischen und zielgruppenspezifischen Foren (u. a. Fachkräfte, Innovation, Energie).

■ <http://wrs.region-stuttgart.de>

Prozessbegleitung für das Umweltbundesamt. Ab 2014 wird das Merkblatt über die besten verfügbaren Techniken (BREF) „Waste Incineration“ auf europäischer Ebene überarbeitet. Es soll im Rahmen der neuen Richtlinie über Industrieemissionen als Referenzdokument für die Festlegung von Genehmigungsanforderungen und Grenzwerten für Abfallverbrennungsanlagen dienen. Die Prognos AG unterstützt das Umweltbundesamt organisatorisch im zugehörigen Beteiligungsprozess von Bundesländern, Hochschulen und Industrievertretern sowie bei der Abstimmung mit den europäischen Stellen (IPPC-Büro, Technical Working Group Sevilla).

Publikationen

World Transport Reports 2012/2013: 20 % Rabatt für trendletter-Leser. Die neuen World Transport Reports 2012/2013 der ProgTrans AG bieten ein umfangreiches Datenmaterial sowie Kurz- und Langfristprognosen zur Nachfrageentwicklung im Güterverkehr bis zum Jahr 2030. Die Prognosen für 34 europäische und sechs außereuropäische Länder decken rund 60 % der heutigen Weltbevölkerung ab. Serbien als EU-Beitrittskandidat und

Südafrika als fünftes BRICS-Land wurden erstmals berücksichtigt. Die *trendletter*-Leser erhalten Sonderkonditionen auf Bestellungen bis zum 15. Mai 2013. Preis: CHF 1'600 zzgl. MwSt und Versand.

■ Information & Bestellung: www.progtrans.com
Kontakt: barbara.tresch@progtrans.com
Tel. +41 61 3273-470

Zukunft kommt von Können – Zukunftstrends im deutschen Handwerk. Anlässlich der diesjährigen Internationalen Handwerksmesse ist im März 2013 die Prognos Studie zur Handwerksbranche in Deutschland erschienen. Darin werden in insgesamt 35 Einzelexpertisen die acht zentralen Zukunftsfelder Nachhaltigkeit, Zukunft der Energien, Infrastruktur und Mobilität, innovative Branchen, Gesundheit/Medizin, gesellschaftliches Engagement, Ausbildung und Qualifizierung sowie moderne Geschäftsprozesse untersucht.

■ Die Studie steht als kostenloser Download oder kostenpflichtige Print-Ausgabe zur Verfügung: www.zdh.de/service/publikationen

Impressum

Herausgeber: Prognos AG, Basel;
Unternehmenskommunikation
Verantwortlich: Birte Jessen
Redaktion: Birte Jessen, Corina Alt, Annika Mantel, Tina Franzmann, Christina Saulich
Hauptsitz: Henric Petri-Str. 9, CH-4010 Basel
Telefon: +41 61 32 73-310 / Fax: -300
E-Mail: info@prognos.com
Der *trendletter* online: www.prognos.com
Grafik, Layout: büro vögtle: visuelle kommunikation, Diegten (Basel)
Titelbild: © Özgür Donmaz / iStockphoto
Bilder: © Fotolia / iStockphoto
Bild, S. 18: © Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM)
Portraits: © Oliver Möst/Florian von Ploetz, Berlin
Druck: Druckerei Herbstritt GmbH, Sexau
Auflage: 6'000 Ex., © Prognos AG
Auszug / Nachdruck bei Nennung der Quelle gestattet